

Südeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung

Der "Südeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausläger vierjährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:

Johannisstraße Nr. 46

Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgesetzte Periode oder deren Raum 60 Pf., Verkündigungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 296.

Donnerstag, den 19. Dezember 1918.

25. Jahrg.

An das schaffende Volk!

Die Revolution hat Deutschland reingefegt von Jahrhundertealem Unrat.

Über Nacht ist ein System gestürzt, das auf Volksnechtung und Massenunterdrückung aufgebaut war, dessen ganzer Zweck darin bestanden hat, die Vorrechte einer winzigen Oberschicht mit allen Mitteln der Polizei und Bürokratie zu sichern und zu verewigen. Der Zorn des Volkes und die Last der eigenen Sünden haben dieses System in Trümmer zerschlagen. Nie hat die Geschichte einen gleich furchtbaren Absturz erlebt.

Wir haben den größten Krieg der Welt verloren durch den wahnsinnigen Machtthel unsere alten Gewalten. Weite Teile unseres Vaterlandes sind von feindlichen Truppen besetzt. Wir kämpfen den schwersten politischen und wirtschaftlichen Kampf, der je von einem Volk gekämpft werden mußte.

Wir müssen aller Röte Herr werden, sonst ist es vorbei mit jeder deutschen Zukunft.

Was ist zu tun, was zu lassen?

Vier Jahre haben wir im aussichtslosen Krieg gegen die ganze Welt gestanden. Millionen Menschen und Milliarden Werte sind diesem Moloch geopfert worden. Unser Land ist im wesentlichen verschont geblieben von den Greueln des Völkermordens, ein wahrlich nicht kleiner Erfolg angesichts der vielfachen Übermacht unserer Gegner.

Wir haben die größte Revolution mit wunderbarer Ruhe und Selbstbeherrschung durchgeführt, ganz ohne Blutvergießen und stehen heute vor dem Zwang, die Ergebnisse dieser Revolution dauernd zu festigen und zu erhalten.

In allernächster Zeit wird die deutsche Nationalversammlung und die Süder Bürgerlichkeit gewählt. Sie sollen den Grundstein legen für die Verfassungen der deutschen Volksstaaten.

Arbeiter in Stadt und Land!

Bauern und Bürger, Männer der geistigen Tat und ihre Frauen in Haus und Wirtschaft!

Ihr alle seid berufen,

Männer und Frauen eures Vertrauens abzuordnen, daß sie die schweren, bedeutungsvollen Aufgaben der Zeit zu eurem Wohl und Gedeihen lösen.

Wem wollt ihr euer Vertrauen schenken?

Von allen Seiten umwirbt man euch, redet euch nach dem Munde und lockt mit neuen Programmen, die darauf berechnet sind, euch über die alten Täuschungen zu vertrösten.

Die Parteien des Bürgertums haben im Kriege und in der Revolution bis zuletzt jämmerlich versagt. Die bürgerlichen Parteien sind mit den alten Gewalthabern bis zum letzten Augenblick gegangen. Sie haben sich beim Ausbruch der Revolution abwartend zur Seite gestellt und ließen die Revolution vom arbeitenden Volke machen. Als sie auf der ganzen Linie siegreich blieb, kamen die bürgerlichen Helden ans Licht und sind seitdem geschäftigt bemüht, sich den neuen Verhältnissen anzupassen.

Warum ändern alle bürgerlichen Parteien ihre politischen Ladenschilde? Doch nur, weil sie genau wissen, daß mit der alten Firma keine Geschäfte mehr zu machen sind. Sie suchen neuen politischen Kredit unter neuer Firma.

Wer denkt daran:

Hinter der deutschen demokratischen Partei stehen jene liberalen Kreise, die, als sie noch im Besitz der Macht waren, die Bestrebungen der Sozialdemokratie auf politischen und wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse bekämpft und insbesondere den Frauen die Gleichberechtigung unter kleinen Gründen verweigert haben.

Die "Deutsche Volkspartei" ist weiter nichts als ein Mischmasch aus der freisinnigen und nationalliberalen Geldgesellschaft, der es nur darauf ankommt, die Rechte des wirtschaftlich Stärkeren, die Freiheit unbeschrankter Ausbeuterei auch in den neuen Volksstaat hinüberzutragen.

Unter dem Sammelnamen "Deutschationale Volkspartei" tauchen die Junker und Landwirtschaftsbündler wieder auf, diese stokonservativen Feinde jedes freiheitlichen Volksrechtes.

Die einzige Partei, die heute noch ihr altes Programm aufrecht erhalten kann, die es nicht nötig hat, sich hinter einer neuen Firma zu verstecken, ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Sie hat ihre Pflichten gegen das Volk keinen Augenblick verlegt. Sie ist ihren geraden Weg gegangen und hat sich nicht abdrängen lassen durch Angriffe von rechts und links.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat im Kriege vom ersten Tage an jede Raubpolitik bekämpft, sie hat unentwegt auf eine Verständigung der Völker hingewirkt. Sie hat die Revolution zum Siege geführt vom ersten Augenblick an, gegen alle Ausschreitungen energisch Front gemacht. Es ist ihr großes gesellschaftliches Verdienst, daß die Umwälzung keine Opfer an Volksblut gelöst hat.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands weist entschieden alle Bestrebungen ab, die eine einseitige Diktatur wollen, weil sie unserem Volke zu den Schrecken des Krieges nicht auch noch die Schrecken des Bürgerkrieges wünscht.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sofort für die Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung gewirkt, weil sie einen möglichst raschen Friedensschluß will.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will ein gerechtes Wirtschafts- und Steuersystem. Die öffentlichen Pflichten sind nach dem Maß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verteilen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will alle Ausnahmegesetze beseitigen und gleiches Recht schaffen für alle, die der Gesellschaft nützliche Arbeit leisten.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will die Übergabe aller zur Sozialisierung reisen Betriebe in den Besitz der Gesellschaft.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will Freiheit des Denkens, Handelns und Fühlens, Gleichheit der politischen und wirtschaftlichen Rechte, Brüderlichkeit in allen Dingen, die das Volk und seine Beziehungen zu anderen Völkern betreffen.

Frauen und Männer des arbeitenden Volkes!

Wollt ihr die kaum errungene Freiheit in eure Verfassung retten,

Wollt ihr dem System kapitalistischer Missbedeutung ein Ende bereiten,

Wollt ihr Licht einlassen in alle finsternen Winkel des geistigen Lebens,

Wollt ihr euch und euren Kindern endlich ein Vaterland schaffen,

dann wählt

die Liste der Sozialdemokratischen Partei!

Parteigenossinnen und Parteigenossen!

Eurer vielbewährten Treue und Unabhängigkeit bietet sich in den nächsten Wochen ein reiches Arbeitsfeld.

Wirkt überall für die Errichtung unserer Zielle! Stellt euch zur Verfügung, wenn es Arbeit gibt! Werdet nicht müde, von Mund zu Mund in der Arbeit und in der Gesellschaft aufzuklären, die Schwachen zu stützen, die Trügen aufzurütteln, die Nörger zur Einsicht zu bringen, alles zu tun, nichts zu unterlassen, was für das Werk unserer Sache notwendig ist.

Wir stehen in den Tagen der Entscheidung. Bald wird sich unser Programm praktisch bewähren müssen.

Auf zur Tat!

Eure Tage sind da, Proletarier und Proletarierinnen!

Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte.

(Dritter Tag.)

Berlin, 18. Dezember 1918.

Haus und Tribünen sind wieder stark besetzt. Vorstander Leinert eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 25 Minuten. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß im Sitzungssaale und auf den Regierungsbänken Leute sitzen, die nicht hereingehören. Vor allem sollen Kuriere des Volkszugsrates anwesend sein. Ich bitte auch die Tribünen, sich jeder Versammlung zu enthalten, um die Delegierten, die Verhandlungen in größter Ruhe und Sachlichkeit zu führen.

Richard Müller teilt mit, daß die Kuriere zur Verteilung der Drucksachen bestimmt sind.

Die gestern verlesenen Anträge Leinerts zur Aenderung der Geschäftsordnung werden einstimmig angenommen. Der Punkt "Anträge müssen von den Funktionen eingereicht werden" wird gegen eine kleine Minderheit angenommen.

Es folgt die Vergabe der gebeten vorgelegten Forderungen der Berliner Soldaten.

Kampf-Hamburg: Wie können die Forderungen der Berliner Kameraden annehmen; in Hamburg sei doch das selbe. Aber man kann das nicht im "Bausch und Bogen" tun. Es ist ein Unterschied zwischen einem jahrelangen Lieutenant und einem alten Generalsstabler. Ich bin der Ansicht, daß wir diese Angelegenheit heute erledigen können. Die geleiteten Forderungen sind nicht soviel. Die Ausführung mag den Volksbeauftragten im Einverständnis mit den Soldatenräten des Heeres und der Marine unter der Kontrolle des Volkszugsrates übertragen werden.

Punkt 1) Die oberste Kommandogewalt über Heer und Marine haben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Volkszugsrates.

Punkt 2) Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus ist das Tragen von Rangabzeichen und das augardistische Tragen von Waffen verboten.

Da die Redezzeit des Referenten abgelaufen ist, beschränkt er sich auf die Verleugnung des Hamburger Programms.

Groß-Berlin: Schuld an den gefriegen Freiheiten ist das Treiben des Stadtkommandanten. Erst als die Kameraden mit ihren Forderungen von einer Stelle zur andern geschickt wurden, kamen sie hierher. Die Eregung ist wohl infolge der Möglichkeit entstanden. Landsbergs Vorgehen gegen den See-Ausschuss ist hältlos. Dieser Ausschuss ist von der gesamten Marine (Zuruf: Mit ja nicht wahr!) gewählt worden und kam im Einverständnis mit dem Reichsmarineamt nach Berlin. Die Annahme der Forderungen der Berliner Kameraden wird nicht den leisesten Widerspruch bei den Fronttruppen hervorrufen. (Beifall bei den Linkskommunisten.) Niemand wird dagegen etwas einwenden, wenn die Achselstücke verschwinden und die Führer von den Truppen gewählt werden. Offiziere sollen bleiben, aber nur solche, die das Vertrauen der Truppe haben. Wollen Sie die Angelegenheit den Volksbeauftragten übertragen und sie damit hinauszuschieben dann werden die Kameraden legen Endes zur Selbsthilfe greifen. Das bedeutet nicht nur Anarchie, sondern auch Plünderungen, denn die Offiziere werden wenn sie ihre Autorität bedroht sehen auch vor den verwegensten Mitteln nicht zurücktreten. Nehmen Sie daher die Forderungen an. (Beifall.)

Saum (Offizient): Wir haben den Eindruck gewonnen, daß die Demonstration gestern nicht der Wichtigkeit der Forderungen galt, sondern daß es sich um eine politische Demonstration handelte. Man verlangt, die ganze Macht den A- und S-Räten, und da kommt man hierher und holt uns ein Machinengewehr unter die Nase und will uns zur Annahme der Forderungen anstrengen. (Lärm und Beifall.) Was die Berliner wollen, haben wir an der Front schon lange erreicht. Es gibt genug Offiziere, die sich das Vertrauen der Kameraden dadurch erworben haben, daß sie den Befehl zum Blenden geben. Die Berliner stellen sich ein Wurmszeugnis aus, wenn sie keine anderen Mittel haben, um ihre Forderungen durchzusetzen. Punkt 1 können wir nicht annehmen, wenn er verlangt, daß die Oberste Heerekleitung abgesetzt werden soll. Punkt 2 geben wir unsere Zustimmung. (Lebhafte Beifall.)

Es läuft ein Antrag der Unabhängigen ein, der die Kommandogewalt in den Heimarmeen auf die bestehenden örtlichen A- und S-Räte überträgt will.

Görlitz-Breslau (Soldatenrat): Sämtliche Forderungen der Berliner sind bereits im ganzen Reich durchgefeiert. In Berlin redet man los und verzögert dabei das Handeln. Wir sind nicht zu den Volksbeauftragten geladen. Wir gingen zum Generalkommmando, nahmen uns einen Offizier mit und gingen zu den Truppen, legten ihnen die Sache klar, nahmen die Sache vor erledigt. Ohne Sämtlichekeiten ging es nicht ab. Ich kann nicht glauben, daß die geistige Demonstration impulsiv aus den Berliner Kameraden erwachsen ist. Das lag ich mir nicht vor. Dazu sind die Berliner zu kugig, um so ein Theater aufzuführen. (Lebhafte Beifall.) Solche Vorzimmernisse haben uns nicht nur im Lande, sondern auch im Ausland. Sie haben den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen. Ich schlage vor, daß diese Forderungen durch den neuen Volkszugsrat im Verein mit Vertretern aller Armeekorps und der Fronten entschieden werden. Es kann aber nicht gehen, daß hier einfach eine Delegation kommt und uns ihre Forderungen unterbreitet. Wenn heute eine Delegation der Diensthaber kommt, müssen wir sie schriftlich auch anhören. Es gilt zu handeln, nicht durch das Wort, sondern durch die Tat. (Lebhafte Beifall.)

Vori. Leinert: Es ist ein Antrag Geiger eingelassen, den die Kommandogewalt den Volksbeauftragten unter der Kontrolle des Volkszugsrates und in den Garnisonen den A- und S-Räten übertragen will.

Darmstadt-Berlin: Es ist eine Illusion, zu glauben, daß der Militarismus schon besiegt sei. Sein Geist ist noch sehr lebendig. Man può diesen Geist sogar in diesem Saal. Die Forderungen der Berliner Soldaten waren zeitmäßig und notwendig. Es muß so schnell wie möglich zugewandt werden damit aus die letzten Reste des alten Systems besiegt werden. Wenn wir Berlin noch nicht so weit sind wie die Provinz, so ist der Widerstand der Volksbeauftragten daran Schuld. Allein ist gegen sie die Waffe schnell, denn es bereitet sich etwas Neues vor. Ich meine die Volkswehr, die an sich schön und gut wäre. Aber der

ut sie aufgestellte Entwurf schmeckt sehr stark nach dem alten System (Kurz: Übergangszeit!) Was nach diesem Entwurf stande kommen wird ist eine Vorabewehr, keine republikanische Volkswehr. Sogar die alten Strafen sollen noch wie vor gelten. Auch ich will nicht allen Offizieren den Zugang zu den Soldaten über verschließen. Aber das Vertrauen der Mannschaften gegen nicht als Verunsicherung. Die Offiziere müssen die Gewähr einer festen, zuverlässigen und republikanischen Überzeugung bieten. Das alte Regime war auch nicht so zimplisch und sah sich seine Offiziere sehr genau an.

Anträge der Fraktion der Mehrheitssozialisten wollen die Obersitze Kommandoweg mit dem Rat der Volksbeauftragten unter der Kontrolle des Volkszugsrats übertragen. Offiziere in wichtigen Stellen sollen im Interesse der Demobilisation im Amt bleiben, wenn sie erklären gegen die Revolution nichts unternehmen zu wollen. Offiziere sollen wieder gewählt werden können. Ferner wird die Abschaffung des Adels, alter Rangabzeichen usw. verlangt. Über alle diese Forderungen sollen nur als Richtlinien gelten. Die endgültige Regelung soll später erfolgen.

Kleinsohn (Weitkampf): Wir können nicht alle Männer von uns aus belegen. Wer will z. B. Generalquartiermeister werden? Wer Korpskommandeur? Er melde sich bei mir, ich werde ihm sofort ein Korpskommando geben. (Heiterkeit.) Wenn wir die Obersitze Heeresleitung beschließen, mit wem soll die Entente dann verhandeln? Das wäre ein Verbrechen an unseren Kameraden. (Kurz: Die Sie aufgeputzt haben!) Wir sind im Schützengraben tapfer gewesen und haben auch vor Ihnen keine Angst. Sie sehen viel zu schwarz. Wo ist denn die Gegenrevolution? (Sachen b. d. Radikalen, die mit dem Finger auf den Redner weisen.) Ich sehe nichts davon. Also sagen Sie ich nicht durch ein Gesetz gruselig machen, das es gar nicht gibt. (Zustimmung.) Heute Nachmittag liegen die Berliner Soldatenkartei-Barten Sie bis dahin mit Ihrer Belehrfahrt. Die Obersitze Heeresleitung hat ausdrücklich erklärt, daß kein Offizier an gegenrevolutionäre Bestrebungen denkt. (Lachen.)

Vors. Leinert reist mit, daß die Soldatendelegation von Westen wieder zur Stelle ist. Sie wünsche, mit Vertretern der Fraktionen zu verhandeln und deshalb nicht mehr auf alle Forderungen.

Mit großer Mehrheit beschließt der Kongreß, die Beratungen abzubrechen und zu warten, bis die Beschlüsse der Berliner Soldatenräte vorliegen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt

Vors. Leinert mit, daß wieder Deputationen erschienen seien, von denen er die Drohung hat, wenn sie nicht ins Haus gelassen werde, morgen mit 250 000 Streitenden wiederzukommen. Leinert hat die Verantwortung für einen derartigen gewissenlosen Streit nicht übernehmen wollen und die Deputation in das Haus einzulassen, ihr aber erklärt, daß mit demselben Recht wie heute Berliner, morgen Hamburger oder Münchener den Kongreß in seiner Arbeit hindern könnten. (Zustimmung) Leinert fügt hinzu, daß die Drohung mit dem sofortigen Streiken ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl zum allgemeinen Verderben führen müßte, wenn nicht das Gewissen der Arbeiter gegen solche Streiks entzünde. Der Kongreß habe für ganz Deutschland, nicht bloß für Berlin zu entscheiden, er könne sich darum nicht fortsetzen von Deputationen hören lassen. Leinert macht den Vorschlag, daß in Zukunft solche Deputationen nicht mehr den Saal zu betreten, sondern mit Vertretern der Fraktionen des Kongresses zu verhandeln haben.

Der Kongreß stimmt diesem Vorschlag mit ungefähr 480 gegen höchstens 10 Stimmen zu. Die winzige Minorität besteht darauf, ihre Einigkeit durch die Gegenrede vor aller Welt darzutun. Dieses Verlangen wird erfüllt.

Im Interesse der Förderung der Kongreßarbeit wird weiter beschlossen — anscheinend einstimmig — daß die Konarekmänner der auf den Donnerstag Vormittag angelegten Kundgebung im Kreisplatz nicht teilnehmen. Es besteht die Absicht, den Kongreß bis Donnerstag Mittag zu Ende zu bringen.

Heute erhält Volksbeauftragter Barth das Wort zu einer verbindlichen Bemerkung. Die er bereits gestern abermals machen wollte, was aber bei den bekannten Vergangen nicht mehr möglich gewesen ist. In demselben Augenblick, wo Barth am Rednerpult erscheint, betrifft eilenden Schritte

die Spartakus-Deputation

den Saal mit roten Fahnen und Schildern, auf denen die Betriebe angegeben und die bekannten Forderungen, wie: Alle Macht den Käfern, der Volkszugsrat überste Gewalt usw. erhoben werden.

Vors. Leinert teilt der Deputation den vorhin gesagten Kongreßbeschluß mit und führt ihr vor, daß der Kongreß seine Arbeit für den Zeitablauf ungelöst lassen müsse. Der Führer der Deputation schneidet widersprechen zu wollen. Leinert erüthrt ihn, sich dem Kongreßbeschluß im Interesse der Autorität des Kongresses und des Ansehens der Revolution zu folgen. Der Führer der Deputation redet auf Leinert ein und beginnt dann, ohne das Wort erhalten zu haben, eine Ansprache, welche Berlisch aber durch andauernde Rufe! und Handklatschen für den Vorsitzenden niedergehalten wird. Leinert erüthrt um Ruhe und erfügt auch die Würdigung der Deputation, die sich inzwischen in allerhand Neuerungen und Rufen ergangen hatten. Rüdtlich aus das gemeinsame Interesse aller deutschen Arbeiter und Soldaten an diesem Kongreß zu nehmen. Der Führer der Deputation fordert: Die Revolution hat besondere Freize! (Rufe: Ruhe! Ruhe!)

Vors. Leinert: Um der reinlichen Situation ein Ende zu machen, schlage ich vor, diese Deputation als die legte noch anzuhören, dann aber unsern Beschluß in Kraft treten zu lassen. (Allgemeine Zustimmung). Das Wort hat jetzt der Führer der Deputation zur Verleistung der Forderungen.

Haller beginnt mit einer vom Vorsitzenden zögl. niedergeschlagenen Bemerkung über die Rechte der Führer, die in der französischen Revolution genau so mitbedacht hätten wie die Konarekmänner. Dann verliest er „im Namen von 250 000 Arbeitern“ (Lachen) die Vereins am Montag vor den Spartakusleuten überreichten allbekannten Forderungen. Er fügt der Verleistung hinzu: Das bedeutet natürlich: Nieber mit der Nationalversammlung und Alle Macht den Käfern!

Da Haller trotz des Lautens des Vorsitzenden weiter spricht, erklärt ihm Leinert unter allgemeiner Freude, er müsse sich direkt gewöhnen, wenn die Freude endet, still zu sein.

Haller verzerrt dann noch die freie Sitzung der Deputation am 14. Sept. des 6. Dezember.

Leinert erklärt, daß der Kongreß diese Forderungen zur Kenntnis nähme und über sie entscheidend wiedergeben.

Die Deputation zieht an, wobei ihre Mitglieder nach lebhafte Auseinandersetzungen mit Ledebour und Barth pflegen und Rufe ausstoßen, wie: Die Arbeiter sind der Meinung, daß ihre Interessen hier nicht vertreten werden! Nieber mit der Reaktion! Auch hier herrscht die Reaktion! u. dergl. m.

Ruhrheft kommt.

Volksbeauftragte Barth seine persönliche Bemerkung machen, indem er den ihm von Ebert gemachten Vorwurf unfehlbarer Verhaltens als nicht berechtigt prüfen will, weil er gestern nichts gegen einstimmig gefasste Kabinettbeschluß gelegt, sondern ebenso wie andere Konarekmänner auch ausnahmslos des Reichs eine dort schon vorgebrachte Meinung über das Notwendige wiederholte habe.

Es folgt das Schlafwort des Berichterstatters des Volkszuges Richard Müller: Auch hier hat sich gezeigt, daß die Zulassung des Volkes oft die Stimme des Volkes nicht hören wollen. Wie im Volkszugsrat waren uns bewußt, daß wir der Revolution geben müßten, was wir ihr tatsächlich sind, daher kam der Kontrast der Widerlegung der gegen uns geholdeerten Vorwürfe und Verharmolungen bei Herr. Vimberg uns Organisationssekretär zugestanden. Gestehen wir transparents, war alles fertig aus dem Kessel gemacht, wenn wir nicht einmal alles über Recht auf den Kopf gestellt wären. Unrechte Ausschreitungen müssten wir unter alle möglichen Verhängungen von Behörden leiden, weil sonst die Käfe in der Provinz nicht dauernd gehandelt hätten. Und wenn

es uns um unsere Unterstützung, um die Unterhaltung zu vereinbaren. Man weiß gar nicht, was wir alles zu tun hatten. Landsberg weiß doch, daß wir unter Mitglied Wahl verhelfen ließen — mehr konnten wir nicht tun. Trotzdem benutzt er diesen Fall und schlägt, um uns herunterzutreten. Auch ich könnte erklären, daß Ebert, nach völlig ungeeignete, weitestgehende Vollmachten erhielt haben, aber ich erhebe daraus keinen Vorwurf; uns gegenüber gesehnt es. Wenn man sich vorgezogen hätte, daß die Volkszugsratsmitglieder nicht nur sich selbst außer Haufe verpflegten, sondern auch ihre Familien versorgen müssten, erscheinen die 50 Mark Tagegeld in ganz anderem Licht. Ich verzichte darauf, Vergleiche mit anderen Geschäftsmännern anzustellen. Wir mussten auch Personen auf Veranlassung anderer Reichsbürokraten einstellen. Mit der Überführung der Thyssen usw. nach Berlin haben wir nichts mehr zu tun, als daß wir einige mittellose Genossen, die die Verhafteten bisher gebracht hatten, unterkunft hatten. Wir haben den Volkszugsrat durch Vertreter aus dem Reich und aus der Armee vertritt, wie kann man da von Berliner Diktatur reden? Bevor dieser Reichskongreß wiedersehen werden konnte, mußten erst überall das alte Regime beseitigt und überall U. und S. Räte gebildet sein. Diese Ausführungen Landsbergs waren das Starthilfe für mich. Woher stammten denn alle diese Verleumdungen gegen die U.- und S.-Räte? Aus dem Hause, in dem Herr Landsberg arbeitet. Erregt werden soll der Redner dann gegen die Korrespondenten Hofrichter und den "Vorwärts" in Sachen des 800 Millionen-Schwindels. Ganz unverhüllt ist der Vorwurf, wir hätten zuviel Geld für Telegramme ausgegeben, denn man hat uns gezeigt, wie sollten mehr auslösen. Seit Wochen verhegt der "Vorwärts" die Arbeiter und Soldaten durch falsche Nachrichten, die er aus Auslandsblättern nimmt, welche die alt eingerichtete gefälschte hat. Es war uns gelungen, die 40 Kundschaften zu vereinigen, aus dem Rat der Volksbeauftragten kamen aber die Verleumdungen, diese Organisation zu zerstören. Ein Herr war es ganz besonders (Kurz: Namen nennen!) — Scheidemann: Nennen Sie doch den Namen! Sie waren es, Herr Scheidemann! (Scheidemann: Sie sind ja nicht recht gescheit!) Dann erzählt Müller die bekannten Geschichten des Telefunkenscantes. Im Hintergrund steht der "Vorwärts" gegen mich. Gestern schreibt er: Richard I. — Wilhelm II. Wenn wir mit dem Rat der Volksbeauftragten in Konflikt gekommen sind, dann ist das nicht zu verwundern. Heute noch sitzen im Auswärtigen Amt und im Kriegsministerium die alten Leute, deren Absehung wir sofort verlangen. Auch der Schwindel, die Entente verhandle nicht mit den U. und S. Räten, stammt aus diesen Leuten. Hermann Müller hat mir den Vorwurf gemacht, ich habe durch meine Rede im Circus Busch den Volkszugsrat in Misere gebracht. Hätte man uns 1916 unterstützt statt verfolgt, dann wäre es in Deutschland jetzt anders aus. (Lebh. Beifall aus auf den Tribünen.) Wir haben den richtigen Weg gezeigt und es wird sich zeigen, ob er sich auch ferner als der richtige erweisen wird. (Lebh. Beifall.)

Dittmann: In der Diskussion hat die Gegenrevolution eine große Rolle gespielt und die gestern von Bräck angeführten Beispiele haben tießen Eindruck gemacht. Ich habe in meinem Bericht gezeigt, daß viele Offiziere konterrevolutionäre Gefüße haben, aber die Mehrheit der Soldaten denkt anders. Ich habe auch gezeigt, daß wir gegen alle Konterrevolutionäre aufgetreten sind und zwar sofort. Der Genosse Bräck ist der beste Beweis für unsre Gegenrevolution. Er ist verhaftet worden, und wir haben sofort seine und seiner Freunden Entlastung veranlaßt. Wir sind jetzt sofort gegen das Schreibzettel rater Kohner, das Auslösen der U. und S. Räte und die Verhaftung ihrer Mitglieder eingeschritten. Die Angeklagten des Genossen Bräck geben dem Rat Veranlassung, sich sofort mit den Verhältnissen im Westen zu beschäftigen. Ledebour hat behauptet, daß Generalkommando Louis sei zwar zur Regelung des Einzuges gehilft, aber es haben höher konterrevolutionäre Gedanken behintergesehen. Gemeinsam mit den Militärs dieses Generalkommandos haben wir am Montag des Einzuges die Maßnahmen beraten, die zu ergreifen seien, um es beim Einzug nicht zu Zusammenstößen kommen zu lassen. Dabei wurde auch über die Bereidigung verhandelt, und ein Eid auf die einige sozialistische Republik geschlossen. (Zwischenrufe Scheidemanns: Der Beifall ist einstimmig gezeigt worden.) Daher kann Ledebour auch am Samstag abend noch nicht von der Bereidigung erfahren. Die Bereidigung haben wir vorgetragen, um auf die teilweise noch unvollständigen Truppen im Sinne der Revolution einzutreten. Wir vermaßen uns gegen die Unterstreichung, als wollten wir mit der Bereidigung dem Volkszugsrat einen Sieg verleihen. Ledebour's Vorwurf gegen Ebert hat er mit denselben Schärfe in einer gemeinsamen Sitzung des Volkszugsrates und des Rates der Volksbeauftragten ergraben. Von den 50 Mitgliedern des Volkszugsrates stimmen 5 für die Unrechtsanklage Eberts. Die anderen 45 dagegen. (Lebh. Beifall.) Ich habe, nachdem die Aussprache beendet ist, den Eindruck gewonnen, daß eine Kürzung eingetreten ist und daß wir, anstatt weiter gegenseitige Vorwürfe zu erheben, an die uns zunächst liegenden Tatsachen denken sollen. So notwendig wir in der ersten Zeit der Revolution die Offiziere gebrauchen, so gut können wir jetzt einen großen Teil nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten entbehren. Es ging uns in der ersten Zeit auch gegen den Strich, mit den Offizieren zusammenzuarbeiten, aber unsere Sorge ruhte es sein, die Millionenheere ungefährdet über den Rhein zu bringen. Ledebour hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte in meinem Bericht ein schönes Bild von der Geschichte der Revolution gegeben. Es war aber nicht meine Aufgabe, darüber zu sprechen, sondern zu sagen, was der Rat der Volksbeauftragten in seiner Amtszeit geschaffen hat. Gegen das, was ich über die Geschichte der Revolution lugte, wird niemand Widerspruch erheben können. Ich mußte meinen Bericht neutral geben. (Zwischenrufe Ledebours: Schöne Neutralität. Heiterkeit bei der Mehrheit.)

Zu unserer dringendsten Aufgaben gehören die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung. Sie können nur dann zu einem Erfolg führen, wenn das gesamte Proletariat eine geöffnete Kampffront bildet. (Beifall) Man ist sich ja vielleicht nicht über den Zweck der Nationalversammlung. Es handelt sich bei ihr um das Parlament, das zu dem einzigen Zweck gebildet werden soll, das Grundgesetz für das Deutsche Reich festzulegen. (Zustimmung) Und da bin ich allerdings der Meinung, daß über alle Parteidifferenzen hinweg das ganze deutsche Proletariat ein dringendes Interesse daran hat, alle seine Kräfte zusammenzufassen, um in einem solchen Grundgesetz die Errungenheiten der Revolution zu führen. (Sturm. Beifall.) Ich halte mich heute die Kriegspolitik Scheidemanns für falsch. Gerade ich habe ein weitgehendes Recht, Kapital und Elitierung mitsprechen zu lassen. Aber ich habe auf dem Standpunkt, daß bei der Entscheidung großer politischer Fragen alle diese Dinge auszuweichen haben. (Sturm. Beifall.) Der Wahlkampf wird ausgedehnt werden unter der Parole: die Kapitalismus, die Sozialismus! Da gibt es für uns nur eine Entscheidung! Die Massen werden zusammenkommen, wenn es kein neues gegen den Willen der Führer. (Beifall.) Wir müssen uns nach den Verhältnissen richten, wie sie einmal sind, nicht wie wir sie gern haben möchten. Die Massen wollen die Nationalversammlung, darüber kann kein Zweifel bestehen. Die Führer müssen die Werkzeuge der Massen sein. (Beifall.) Gewiß haben sie das Recht, die Volksmassen für ihre Meßurung zu gewinnen, aber eine Politik gegen den Willen der Käfe ist unmöglich. (Lebh. Zustimmung!) Wir leben jetzt in Verhältnissen, in denen die Unterschiede der Parteien nicht primär, sondern sekundär sind. (Lebh. Zustimmung.) Ein kommt der Gegenzug von links zu Kloß und er ist dem der Gegenzug unter den Parteien. Wenn das einzige deutsche Proletariat sich seiner Kräfte bewußt ist, wenn es zusammensteht im gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus, dann brauchen wir über den Prozess der Wahlen nicht befürcht zu sein. (Sturm. Beifall.)

Es folgt eine Kürzung von persönlicher Bemerkung.

Scheidemann bedauert, daß Richard Müller neue Anklagen

braucht getrieben hat. Er hätte sich die ausgeschriebene Kürze nicht zum Blüster nehmen sollen. (Beifall.)

Landsberg: Auch ich hätte das gewünscht. Was ich gegen den Volkszugsrat gesagt habe, hat Müller nicht widerlegen können. Wir sollten für 210 Stenotypisten und 150 Kuriere die Gehälter bis zum 31. Dezember bewilligen. Da müßten wir wissen, wie diese Leute eigentlich zu tun haben.

Lebedour verleiht sachliche Ausführungen in Form der persönlichen Bemerkung zu kleinen und wird häufig vom Vorsitzenden und der Versammlung unterbrochen. Als er dem Vorsitzenden "Sinnlose Unterbrechungen" vorwirft, wird er zur Ordnung gerufen. Weitere sachliche Aufführungen werden durch Schlagrufe der Versammlung unterbrochen. Lebedour verbirgt sich in großem Erregung solche Verzweiflungsworten und wirft dem präsidenten vor, daß er schlimmer als je ein bürgerlicher Parlamentspräsident vorgehe. Er steckt dabei, daß Dittmann, nur um seine Verschmelzungstheorie der sozialistischen Parteien zu rechtfertigen auf die notwendigen gründlichen Ausänderungen Verzweiflung leidet will. In den Augen aller wahren Sozialisten ist Dittmann gerichtet. (Zischen und Beifall.)

Himberg-Essen: Was ich gegen den Volkszugsrat gesagt habe ist absolut richtig. (Lebedour: Schämen Sie sich! — Große Lärm.)

Richard Müller: Wendet sich erneut gegen Scheidemann.

Dittmann: bestreitet, einer Verschmelzung das Wort gerechtfertigt zu haben, wohl aber holte er sich an der Notwendigkeit eines geschlossenen Vorgehens im Wahlkampf.

noch weiteren endlosen persönlichen Bemerkungen teilt

Vorl. Leinert: mit, daß sich eine Fraktion der geübten revolutionären Arbeiter und Soldaten gebildet hat. Eine Delegation des Elitabtheit ist erschienen und verhandelt im Minnbergsaal mit den Fraktionsvertretern.

Erst gegen 12 Uhr tritt die Mittagspause ein.

Die Nachmittagsitzung:

wird von Leinert nach 125 Uhr eröffnet. Er verliest eine Erklärung des Volkszugsratsmitgliedes Wels, die unter Aufführung von Einzelheiten feststellt, daß verschiedene Befreiungen im Wahlkampf.

Richard Müller: bestreitet, einer Verschmelzungstheorie der sozialistischen Parteien zu rechtfertigen auf die notwendigen gründlichen Ausänderungen Verzweiflung leidet will. In den Augen aller wahren Sozialisten ist Dittmann gerichtet. (Zischen und Beifall.)

Richard Müller: Wendet sich erneut gegen Scheidemann.

Dittmann: bestreitet, einer Verschmelzung das Wort gerechtfertigt zu haben, wohl aber holte er sich an der Notwendigkeit eines geschlossenen Vorgehens im Wahlkampf.

noch weiteren endlosen persönlichen Bemerkungen teilt

Vorl. Leinert: mit, daß sich eine Fraktion der geübten revolutionären Arbeiter und Soldaten gebildet hat. Eine Delegation des Elitabtheit ist erschienen und verhandelt im Minnbergsaal mit den Fraktionsvertretern.

Erst gegen 12 Uhr tritt die Mittagspause ein.

Die Abstimmung über folgende Anträge:

Ein Antrag Lewine-Essen, der Kongreß erklärt, daß die Tätigkeit der Volksbeauftragten auf die systematische Verbesserung der Macht der Räte hinauslaufe und dadurch zur Stärkung der Gegenrevolution diene, wird gegen etwa 20 Stimmen abgelehnt.

Ein Antrag Köhnen-Halle, wonach die Herausgeber der militärischen Tageszeitungen in ihrer Geschäftsführung unter Reichskontrolle gestellt werden und ihnen nur noch eine vierprozentige Verzinsung ihres Anlagekapitals mit Rückwirkung auf das laufende Geschäftsjahr zusteht, jeder höhere Ueberdruck, aber der Reichstasse verfällt, wird auf Wunsch des Antragstellers den Volkszugsrat überreicht.

Ein Antrag Siegler-Württemberg, die Zurückweisung der Vertreter der russischen Sowjetregierung zu verurteilen und die Wiederherstellung rechtssozialistischer Beziehungen zum Sowjet-Russland zu verlangen, wird zurückgezogen.

Ein Antrag Brack-Kremelstorf, sofort alle Maßnahmen zur Entwaffnung der Konterrevolution zu ergreifen, wird ange nommen.

Ein Antrag Geyer, den militärischen Grenzschutz im Westen sofort aufzuhören und den Grenzschutz einem von den Arbeiter- und Soldatenräten gebildeten Sicherheitsdienst zu übertragen, wird gegen die Unabhängigen und Linksräte abgelehnt.

Diesgleichen wird folgender Antrag des Volksbeauftragten Barth abgelehnt: Jedweder Grenzschutz, der zur Demobilisierung nicht notwendig ist, ist im Osten wie im Westen sofort aufzuheben, alle Truppen sind sofort zu demobilisieren, alle Offiziere bei der Armee in der Garnison zu entlassen, wobei die Kosten der Ausbildung für einen bürgerlichen Beruf übernommen und bei älteren oder französischen Offizieren Pensum gezahlt werden; die Volkswehr ist schnellstens in eustachender Weise zu schaffen.

Ein Antrag Böhle, dahin zu wirken, daß bei den Friedensverhandlungen in ältester Linie der Zustand der vorausgegangen geistigert und mit allen Mitteln danach getrachtet wird, unerlenen Genossen und Kameraden baldigt die Freiheit zu bringen, wird einstimmig angenommen. (Beifall.)

Es folgt die Abstimmung über den Antrag Lüdemann. Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, die die gesamte politische Macht in Deutschland repräsentiert, überträgt bis zu unterliegender Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten. Der Kongreß bestellt ferner einen Zentralrat der Arbeiter-

Vollzugsratsmitglied Ledebour verlangt das Wort zur Genehmigung. (Vorl. Leinert: Ich kann Ihnen das Wort nicht geben.) Unglaublich!

Vorl. Leinert: Sie gehören zur Regierung. (Heiterkeit.) Ich möchte einmal sehen, was Sie früher im Reichstag gesagt hätten, wenn sich die Regierung in die Geschäfte des Parlaments eingemischt hätte. (Lebh. Beifall. — Ledebour: Jetzt geht es keine Regierung. — Lachen. — Zurück: Nebenregierung Ledebour!) Schließlich wird von Dr. Geyer ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Lautenberg eingebracht, die Abstimmung selbst aber bis Donnerstag zurückgestellt.

Immerhin war der Ausdruck zur Beratung der Soldatenanträge mit jenen Arbeiten fertig geworden. Volksbeauftragter Haefl erhielt den Bericht. Die Anträge wollen die oberste Kommandogewalt über Heer und Marine den Volksbeauftragten unter Kontrolle des Volksrats geben, verlangen weiter die Entfernung aller Rangabzeichen, das Verbot des außerdienstlichen Waffentragens, die Abhängigkeit aller Orden und Ehrenzeichen und es Adels, die Abschaffung des schändenden Heeres und die beispiellose Errichtung einer Volksmehr u. a. m. Haefl teilt mit, daß der Ausschluß seine Beschlüsse einstimmig gefasst hat. Die Abstimmung, die oberste Kommandogewalt einem Zentraloldenrat zu übertragen, wurde, weil un durchführbar, fallen gelassen. Die Anträge sollen nicht nur Nichtlinien sein, sondern sofort in Kraft treten.

Gouverneur Roske-Kiel betont, daß die Demobilisierung bei der Marine so schnell wie möglich erfolgt. Aber es müssen Manöver zu rückgeholten werden zur Bewahrung außerordentlich wertvollen Materials. Der Kör. Ausschluß hat zu einer gänzlich unverträglichen Verschleppung wichtiger Angelegenheiten im Reichsmarineamt geführt. Dringende Depechen bleiben tagelang liegen. (Hört, hört!) Jetzt sollen nach 11 Arbeitendelegierte hinzukommen, sodass dann ständig im Reichsmarineamt ein 6-köpfiges Parlament versammelt ist. Dieser Rat muss verfehlern werden, soll nicht unerlässlicher Schaden entstehen. (Beifall.)

Ein Matrose aus Kiel ergänzt diese Ausführungen. Bei der Dissektion ist von der Arbeit dieses Ausschusses bisher nichts zu merken gewesen. Weniger, aber verlässigere Leute würden besser. (Zustimmung.) Die Offiziere sollte man richtig in ihren Kommanden lassen und ihnen auch das Tragen der Abzeichen gestatten, wenn sie Wert darauf legen. Nur müsse man aufpassen, daß sie keine Dummkoppen machen. Aber ihren sachlichen Rat solle man hören.

Braß-Niemeth und Lampel-Hamburg treten für die Soldatenräte ein, ebenso mehrere Soldatenvertreter.

Über die zweitmäigste Art der Abstimmung entsteht eine lange Geschäftsantragsdebatte, in die auch der Kasseler Delegierte Hauptmann Neinrich eingreift. Er wird mit Zusätzen „Herr Hauptmann! Ein Hauptmann!“ begrüßt und erklärt, daß er gerade in dieser Eigenschaft an dem Kongress teilnimmt. Um keinen Zweifel über einen militärischen Rang aufzutreten, habe er bis zu seinem ersten Erscheinen die Uniformstücke und Sterne getragen. Er genieße das Vertrauen seiner Soldaten und sei deshalb von ihnen gewählt worden. (Gedenktes Lachen.) Sie können das gar nicht beurteilen.

Die Soldatenanträge werden heimlich einstimmig angenommen. Ein Antrag der Unabhängigen will in den Garnisonen die Kommandogewalt in die Hände der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte legen und militärische Angelegenheiten, die über diesen örtlichen Rahmen hinausgehen, durch einen Vertreter der obersten Kommandogewalt im Verein mit einem Delegiertenrat der Garnison übertragen. Die Wehrheit will diesen Antrag den Volksbeauftragten zur Verübung überweisen. Darüber kommt es zu einer lebhaften Aussprache, in deren Verlauf die Unabhängigen namenlich Abstimmung über diesen Antrag verlangen. Da die Präsentation noch immer nicht vorliegt, muß die Abstimmung aufgeschoben werden. Ein Antrag, den Kör. Ausschluß bei der Marine zu verfehlern, gelangt mit großer Mehrheit zur Abstimmung.

Loewe-Breslau erlässt den Bericht der Mandatstrüfflungskommission: Es bestand kein einheitliches Wahl-system, die Wahlkreiseinteilung blieb weiten Wählerkreisen unbekannt, eine ganze Reihe von Mandataten müssen für ungültig erklärt werden. Der größte Teil der Wähler dieser Mandate hat sich bereits von seiner ursprünglichen Delegation überzeugen lassen und ist zum Teil abgereist, zum Teil bleiben diese Genossen als Zuhörer hier. Die Entscheidungen wurden in der aus allen drei Parteien gleichmäßig zusammengesetzten Kommission mit der größten Weitersicht und Loyalität getroffen. Aus Erfahrung bringen, für das ursprünglich eine Vertretung nicht vorgesehen war, sind einige Vertreter zu uns gelangt, wir haben keine Anlaß, sie zurückzuweisen. Den Deputenköpfen der Militärrichtungsschule schlagen wir vor, die von ihnen gewählten drei Vertreter anzugeben. Den Inhabern von ungültig erklärteten Mandaten soll von morgen an eine Bührertribüne eingeräumt und es sollen ihnen die Tagegelder für die Zeit bisher ausgeschüttet werden. — Der Redner tritt dann die einzelnen Beurteilungen nach den Regierungsbüroten vor. Dem Antrag der unabhängigen Fraktion, die Tagegelder auf 20 M. für die Berliner Vertreter, auf 30 M. für die auswärtigen festzuhalten, hat sich die Kommission angeschlossen. Sie schlägt vor, 422 Mandate für gültig und 72 für ungültig zu erklären. Neben diesem Bericht entspinnt sich eine längere Debatte mit 5 Minuten Redezeit.

Während der Mittagszeit demonstrierten eine größere Anzahl Spartakuseute wiederum vor dem Abgeordnetenhaus. Dabei unterwarf Liebknecht die Haltung des anwesenden Volksbeauftragten Barth einer sehr heftigen Kritik.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 19. Dezember.

Eine notwendige Richtigstellung.

Am letzten Freitag hat Genosse Stelling in einer Versammlung der Vereinigung aktiver Unteroffiziere das Programm der sozialdemokratischen Partei erläutert. Wir würden nicht näher darauf eingehen, wenn nicht in den hiesigen Blättern jetzt ein Bericht über diese Versammlung erschienen wäre, der irreführend wirken mag. Unser Genosse hat nicht, wie man nach dem Berichten annehmen könnte, den Kruppischen Betrieb hervorgeholt für sozialisierungstreu erklärt. Er hat lediglich an der Hand des Kruppischen Beispiels nachgewiesen, daß dieser Betrieb in der Kriegszeit mehr denn je seine Gemeinschädlichkeit bewiesen habe, indem er seinen Nutzniefern enorme Gewinne aus den Taschen der Steuerzahler zuführte. Dieser Gewinn hätte der Allgemeinheit zugeführt werden müssen. Mit Nachdruck wurde von Stelling darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein könne, dem kleinen, schaffenden Handwerker seine Produktionsmittel zum Zwecke der Verstaatlichung zu nehmen, wie die Sozialisierung auch nur dann und dort durchgeführt werden könnte, wo die Vorbedingungen dafür geschaffen und die Betriebe sozialisierungstreu seien.

Weiter hat unser Genosse darauf hingewiesen, welche Verschwendungen von Arbeitskraft und Waren dadurch betrieben werde, daß in den Großstädten — er verwies hier auf Hamburg und Berlin — in einzelnen nicht immer sehr langen Strafen drei und vier Grünwarengeschäfte, dieselbe Anzahl Kolonialwarenhandlungen usw. bestanden, die alle nicht lebensfähig seien. Mit dieser Legierung von Arbeiterschaften müsse aufgeräumt werden. Selbstverständlich könne das nicht von heute auf morgen geschehen. Bei Durchführung der Pro-

gramme, daß in einer kleineren Straße vielleicht nur je ein Grünwaren-, ein Kolonial- und Brotschäft besitze, müsse für die beschäftigunglos gewordenen Kleinhandler in irgend einer Form gesorgt werden. Unser Redner gab der Erwartung Ausdruck, daß ein solcher Händler diesem Gedanken zustimmen müsste, da es sich später für uns darum handle, jede Arbeitskraft nutzbar in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Einmalige Kriegssteuerungszulagen für Beamte und Staatsangehörige.

Wie im Reiche und in Preußen soll nun auch in Lübeck den Beamten und Angestellten, sowie den im Ruhestand lebenden Beamten und den Hinterbliebenen eine abermalige Kriegssteuerungszulage gewährt werden. Der Bürgerausschuß hatte sich gestern mit einem diesbezüglichen Senatsanteile zu beschäftigen der für den gedachten Zweck die Summen von 120.000 M. aus Kriegsmitteln anforderte. Der Bürgerausschuß stimmte dem Senatsantrag zu. Abgelehnt wurde leider ein Antrag Stellings, daß der Ausschluß seine Beschlüsse einstimmig gefasst hat. Die Abstimmung, die oberste Kommandogewalt einem Zentraloldenrat zu übertragen, wurde, weil un durchführbar, fallen gelassen. Die Anträge sollen nicht nur Nichtlinien sein, sondern sofort in Kraft treten.

Gouverneur Roske-Kiel betont, daß die Demobilisierung bei der Marine so schnell wie möglich erfolgt. Aber es müssen Manöver zu rückgeholten werden zur Bewahrung außerordentlich wertvollen Materials. Der Kör. Ausschluß hat zu einer gänzlich unverträglichen Verschleppung wichtiger Angelegenheiten im Reichsmarineamt geführt. Dringende Depechen bleiben tagelang liegen. (Hört, hört!) Jetzt sollen nach 11 Arbeitendelegierte hinzukommen, sodass dann ständig im Reichsmarineamt ein 6-köpfiges Parlament versammelt ist. Dieser Rat muss verfehlern werden, soll nicht unerlässlicher Schaden entstehen. (Beifall.)

Ein Matrose aus Kiel ergänzt diese Ausführungen. Bei der Dissektion ist von der Arbeit dieses Ausschusses bisher nichts zu merken gewesen. Weniger, aber verlässigere Leute würden besser. (Zustimmung.) Die Offiziere sollte man richtig in ihren Kommanden lassen und ihnen auch das Tragen der Abzeichen gestatten, wenn sie Wert darauf legen. Nur müsse man aufpassen, daß sie keine Dummkoppen machen. Aber ihren sachlichen Rat solle man hören.

Bräsig-Niemeth und Lampel-Hamburg treten für die Soldatenräte ein, ebenso mehrere Soldatenvertreter.

Über die zweitmäigste Art der Abstimmung entsteht eine lange Geschäftsantragsdebatte, in die auch der Kasseler Delegierte Hauptmann Neinrich eingreift. Er wird mit Zusätzen „Herr Hauptmann! Ein Hauptmann!“ begrüßt und erklärt, daß er gerade in dieser Eigenschaft an dem Kongress teilnimmt. Um keinen Zweifel über einen militärischen Rang aufzutreten, habe er bis zu seinem ersten Erscheinen die Uniformstücke und Sterne getragen. Er genieße das Vertrauen seiner Soldaten und sei deshalb von ihnen gewählt worden. (Gedenktes Lachen.) Sie können das gar nicht beurteilen.

Die Soldatenanträge werden heimlich einstimmig angenommen. Ein Antrag der Unabhängigen will in den Garnisonen die Kommandogewalt in die Hände der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte legen und militärische Angelegenheiten, die über diesen örtlichen Rahmen hinausgehen, durch einen Vertreter der obersten Kommandogewalt im Verein mit einem Delegiertenrat der Garnison übertragen. Die Wehrheit will diesen Antrag den Volksbeauftragten zur Verübung überweisen. Darüber kommt es zu einer lebhaften Aussprache, in deren Verlauf die Unabhängigen namenlich Abstimmung über diesen Antrag verlangen. Da die Präsentation noch immer nicht vorliegt, muß die Abstimmung aufgeschoben werden. Ein Antrag, den Kör. Ausschluß bei der Marine zu verfehlern, gelangt mit großer Mehrheit zur Abstimmung.

Während Kartoffeln ein. Der Ausschluß für Kriegshilfe schreibt uns: Die Abnahme der Kartoffeln ist in letzter Zeit ins Stöcken geraten, offenbar hat die reichlichere Zufuhr der letzten Tage manchen veranlaßt, von der Winterreindiebstahl noch Abstand zu nehmen, in der Hoffnung, später bessere Kartoffeln zu erhalten. Es kann nicht genug darauf gewarnt werden, sich bezüglich der Versorgung während der Wintermonate allzufahr darauf zu verlassen, daß es den Südtiroler Kartoffelfabrikalgen wird, auch während der Monate Februar/März usw. genügend Kartoffeln heranzubringen. Wer sieht sich nicht mit dem Winterkorral vertieft, muß darauf reagiert sein, daß er bei länger andauernder Kälte auf die Kartoffeln verzichten muß. Denn die Kartoffeln läuft sich in diesem Jahr wohl in kleineren Mengen gut durch den Winter bringen, wenn sie vorzeitig eingelagert wird, nicht aber in großen Mengen. Darum, wer noch nicht seinen Wintervorrat eingenommen hat, möge dies noch jetzt während der nächsten Tage tun, in denen die Händler rechtlich mit Kartoffeln versehen werden können, sowie der Frost eintritt, wird die Vorratsversorgung einstell.

Wiederbelebungen. Um den zahlreichen Gewerbetreibenden, Gärtner, Händlern usw. des hierigen Bezirks, deren Betriebe infolge Mangel an Pferden gänzlich stillgelegt oder doch mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, zu helfen, ist das Arbeitsamt bei dem Stellvertret. Generalkommando des 9. A.R. offiziell geworden, wegen einer zweckmäßiger Verteilung der durch die Demobilisierung frei werdenden Pferde und zwar in der Weise, daß die Versteigerungen in Zukunft nicht in den zufälligen Standorten der Truppenteile erfolgen, sondern da vorgenommen werden, wo jeweils der größte Bedarf besteht. Eine diesbezügliche grundstarkliche Zusage konnte das Stellvert. Generalkommando mit Rücksicht auf die vom Kriegsministerium erlassenen Bestimmungen nicht erteilen, es hat aber in Aussicht gestellt, daß bei der Verteilung von demnächst eintreffenden Pferdetransporten aus dem Bezirk des 7. A.R. der bissige Bezirk berücksichtigt werden soll. Danach steht zu erwarten, daß in nächster Zeit weitere Versteigerungen von Heeresförderern in Lübeck stattfinden werden und dürfte es im Interesse der beteiligten Kreise liegen, sich rechtzeitig mit den erforderlichen roten Pferdekarten zu versehen. Dieselben müssen beim Polizeiamt Breitestr. 40, I. Abt. für Getreide und Futtermittel, beantragt werden.

Entlösung der Kriegsausleihezinsabschüsse. Die am 2. Januar 1919 fälligen Buntcheine zu Kriegsausleihen können schon vom 21. d. Mon. ab bei den Postanstalten eingelöst werden.

Einbruchsdiebstähle im Konsumverein. In zwei Verkaufsstellen des Konsumvereins wurde in der vergangenen Nacht eingeschossen. In der Kaufstelle L. Königstr. 113, fielen den Dieben 4 Flaschen Wein, 128 Eier, 2100 Stück Zigaretten, Marzipan und Butter in die Hände. Hier sind die Spieldosen durch Einschlagen der Fensterbleiben an der Ladentür in den Verkaufsräum gelangt. Zur Fortschaffung der Beute nahmen sie die nötigen Spannöpfe aus dem Laden mit. Aus der Verkaufsstelle 4. Mortzelstr. 17, wurden 580 Zigaretten, 850 Zigaretten, Brot, Mehl, Zucker, Butter, Bonbons, Eier und Süssigkeiten gestohlen. Die Diebe sind durch den Keller eingedrungen.

Banter Ernst-Albert-Auswahl. Man schreibt uns: Auf vielseitiges Verlangen wird Herr Direktor Albert uns am zweiten Freitag im November wieder ein paar weitere Stunden mit zum Teil neuen Programm bereiten. Eine zeitgemäße Dichtung von ihm „Die Jahresmeide“ leitet den Abend ein. Das Injetten-Webe, das er bekanntlich so meisterhaft vorträgt, kommt neu. Der „Floh“ hinzu. Die Lübecker Dichterparodien dürfen wieder viel Beifall finden. Auch „Die Volksredenotypen“, die er jetzt in den Versammlungen studiert werden als mimische Studie großes Interesse erwecken. Der tragikomische Beitrag „Sisi“, den er für den heimkehrenden Krieger zum Beben gab, wird große Beifall hervorrufen, sodass wieder ein genügender Abend in Aussicht steht. (1. Insatz.)

Zum Mitglied der neuen Theaterchörde wurde vom Bürgerausschuß gestern Genosse Stelling sowie die Herren Dr. Eichendorf und Albers gewählt.

Schwarzer. Achtmal Geöffnungen und Genossen! Am Freitag abend 7½ Uhr findet im Gasthof Transvaal die regelmäßige Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. In der jeglichen ersten Zeit ist es Wunsche aller Genossinnen und Genossen, die Parteiversammlungen zu besuchen.

Schlutup. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. Sitz Berlin, hält am Sonntag im „Gasthof zur Linde“ eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Ein Lübecker Kamerad referierte über: Die sozialpolitischen Forderungen der Kriegsverletzten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. — Die rege Ausprache ergab, daß die vorgebrachten Forderungen den allgemeinen Wünschen entsprachen und als richtig anerkannt wurden. Die anwesenden Kameraden beschlossen, zur Durchführung dieser Forderungen eine Ortsgruppe zu gründen. Die erste Mitgliederversammlung findet am kommenden Sonntag nachmittag im genannten Lokale statt.

Neustrelitz. Am 1. i. Wahlberichts ist. Das Wohl-Bureau meldet: Nach der amtlichen Feststellung des Ministeriums in Neustrelitz und Neubrandenburg sind in Neustrelitz gewählt: 9 vereinigte Liberalen und 9 Sozialdemokraten und in Neubrandenburg 9 Sozialdemokraten und 6 vereinigte Liberalen, 2 Handwerkerbund und 1 Bauernbund. Das amtliche Wahlbericht aus dem Abstinenten Wahlergebnis ist in folge von Fernsprechstörungen noch nicht eingetroffen. Nach den nichtamtlich bekanntgewordenen Zahlen sind dort gewählt: 3 vereinigte Liberalen und 3 Sozialdemokraten, sodass insgesamt in dem verfassunggebenden Landtag, der am 19. Dezember zusammentritt, 21 Vertreter der bürgerlichen Partien und 21 Sozialdemokraten sitzen.

Rostock. 5000 neue Abonnenten hat die „Mecklenburgische Volkszeitung“ in den letzten zwei Monaten zu verzeichnen. — Zum Wahlberichts bei der verfassunggebenden Versammlung für Mecklenburg-Strelitz schreibt unser Bruderblatt u. o. noch: Bei der Reichstagswahl von 1912 hatten wir von 2124 Stimmen nur 642 auf unseren Kandidaten vereinigt. Die Reichspartei hatte 773 und die Nationalliberalen hatten 689 Stimmen erhalten. Die auf die Sozialdemokratie entfallenen Stimmen betrugen also erst 30 Prozent aller abzurichtenden. Heute aber stehen mehr als 50 Prozent der Männer und Frauen von Mecklenburg-Strelitz hinter unserer Fahne.

Sylt. Freier Verkehr. Die Sylt über die Insel Zahl ist aufgehoben und die Insel für den Zivilverkehr wieder freizugeben.

Für unsere Frauen.

Freut Euch Eurer Freiheit, Ihr Frauen und Mädchen!

Im neuen Deutschland seit Ihr vollständige Mitglieder der menschlichen Gesellschaft, gleichberechtigte Bürger geworden, nachdem der alte Staat Euch solange wie Kinder, wie Unmündige behandelt hat. Jetzt könnt Ihr mitwirken am öffentlichen Leben nicht mehr nur als Zuschauer wie bisher, sondern Schuster an Schuster mit dem Mann, Ihr könnt und möcht seilen, auf den Trümmern der Vergangenheit eine glückliche Zukunft auszubauen! Dazu ist es nötig, daß Ihr rege teilnehmt am öffentlichen Leben, daß Ihr jede Gelegenheit ergreift, durch Leben der Presse, durch Besuch der Versammlungen, durch Meinungs austausch mit Männern und Frauen, Euch über alles zu unterrichten. Dazu gehört auch, daß Ihr Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei werdet, die von jetzt an Eure Rechte eingerichtet ist! So, Nied und Zwieträcht waren bisher die Leitmotive der inneren und äußeren Politik. Wer hätte mehr unter dem Propst dieser Politik, dem mehr als vierjährigen Kriegen gelitten, als Ihr Frauen! So mancher lieber Mensch, wenn nicht gar der liebt, den Ihr hattet, ist Euch geraubt worden, Eure Kinder mußt Ihr frieren, hungern lassen! Jetzt gilt es eine Brücke zu schlagen über die Flut von Hass, die sich zwischen die Völker geworfen hat, eine Brücke der Freiheit, die Mensch zu Mensch, von Volk zu Volk! Daran müßt Ihr mitwirken, Ihr Frauen seid dazu berufen, daß die Politik an der bisher soviel Schnitzel hattet, zu einer Religion der Nächstenliebe werde!

Luise Schröder, Altona.

Neueste Nachrichten.

Revolutionäre Propaganda bei den englischen Wahlen.

Berl., 19. Dezember. Die englische Wahlkampagne führt in verschiedenen Wahlbezirken zu offener revolutionärer Propaganda. Besonders deutlich war dies in dem Wahlkreis Glasgow, in welchem der radikale Sozialist John Maclean, der wegen revolutionärer Unruhen erst vor kurzem eine Zuchthausstrafe verbüßt hatte, dem Arbeitsminister Barnes gegenübersteht. In den Versammlungen wurde die soziale Revolution gepredigt und die Errichtung einer sozialistischen Republik gefordert. Man brachte Hochrufe auf die sozialistische, auf die deutsche sowie auf die kommende englische Revolution aus. In energischer Sprache wurde der „infame“ Waffenstillstand gebrandmarkt, der Deutschland und Österreich-Ungarn aufgezwungen wurde.

Aufforderung an die Sozialisten in Frankreich.

Genf, 19. Dez. Die „Humanité“ schreibt: Entweder bildet sich eine revolutionäre Bewegung außerhalb der Partei oder sie wird durch die Partei geleitet, wozu Einigkeit nötig sei. Es ist möglich, daß soziale oder politische Ereignisse von außerordentlicher Schwere die Partei zwingen, an die revolutionäre Karte des Proletariats zu appellieren. Andererseits ist es möglich, und dies erscheint wahrscheinlicher, daß sich spontane Volksbewegungen außerhalb unserer Organisationen bilden. Gegebenenfalls ist für die Führung der Bewegung eine starke, d. h. einige Partei nötig, damit sie nicht ein Chaos zur Folge hat.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Das Lübecker Bezirks-Kommando scheint der eigenartigen Ansicht zu sein, daß sich die aus dem Heere dienst Entlassenen die ihnen zustehenden 50 Mark und die Marschgebühren, die wegen Geldmangel nicht ausgezahlt werden konnten, erst verdienen müssen, denn anders kann man es nicht bezeichnen, wenn die Leute dort tagelang stehen und schließlich unverrichteter Sache wieder abziehen müssen. Zwischen den am Dienstag Abreisenden befinden sich mehrere, die 4 und 5 Tage dort waren und kein Geld bekommen hatten. Nachdem ich auch am Dienstag von 9½ bis 12½ Uhr Polonäse gespielt hatte, erklärte mir der Feldwebel in einer von mir hergerichteten Aussendung, daß er schon gleich nach 9 Uhr 45 Mann abgezählt hätte, die 50 Mark bekommen könnten. Ich erwiderte ihm, daß es doch seine Pflicht gewesen wäre, dies öfter zu wiederholen, da dann doch die 100 Personen nicht hätten vergebens zu stehen brauchen, und daß er dafür sorgen müsste, daß die Sache anders geregelt würde. Da er mir entgegnete, er hätte schon 8 Tage darüber nachgedacht, wie es anders zu machen sei und wäre zu seinem andern Resultat gekommen, so möchte ich ihm kurz einen ganz anderen Weg zeigen, der sicher alle, auch ihn selbst und seine Mitarbeiter befriedigen wird, denn es war ja belanglos, unter welchen Verhältnissen die Arbeit not sich ging. Also, es werden ungefähr 200 Nummern angefertigt, wenn mehr gebra

Für den Weihnachtskauf — wie sonst in Friedenszeiten

Doppelte Rabatt-Marken

auf sämtliche Waren

mit Ausnahme der Reichsware und einiger Markenartikel.

Preiswerte Geschenk-Artikel in allen Abteilungen.

Papier-Waren

Besonders preiswert

Brief-Kassetten
in eleganter Geschenk-Ausführung

3.25 2.50 1.95

Postkarten-Alben
von einfacher bis elegantest. Ausstattung

2.95 1.95 1.25

Poesiealben, Tagebücher
in reicher Auswahl

4.50 2.25 1.10

Leder-Waren

Besonders preiswert

Leder-Geldbörsen
verschiedenster Ausführung

6.75 3.95 2.45

Damen-Handtaschen
in großer Auswahl

9.75 6.75 4.50

Markt- und Einholertaschen

3.75 2.95 1.25

Schmucksachen

Besonders preiswert

Broschen

modernster Ausführung, in großer Auswahl

2.95 1.75 95,-

Rock- und Blusen-Nadeln
schöne, gediegene Fabrikate

2.75 1.50 95,-

Moderne Halsketten
in entzückend schöner Ausführung

5.75 3.95 2.50

Haushalts-Waren

Besonders preiswert

Einkoch-Apparate

bewährte Fabrikate mit Einsatz, Thermometer und Klammern

46.50 29.50 24.50

Frühstücks-Service

für 2 Personen, Porzellan, in neuer, appetitlicher Ausführung

12.25 10.25 6.95

Ess-Bestecke

Ia. Solinger Fabrikate

Paar 3.95 3.50 2.75

Wir empfehlen, die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen.

HOLSTENHAUS

AlleArbeiter

Kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Spar. Lübeck.

Bilderleisten

einrahmungen
Oscar Tauchnitz, Glashandlung,
Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Rauchtabak

garantiert rein Holländer
Pfd. 10.—12.—15.—Mk.

Bremer Börsen-Adler

meist bekannt beste Tabakmischung,
liegt nur 85 Pf. für 1 Paket
10 Pakete M. 8.— 100 Pakete
M. 7.50.

Grundmann,

Großhändler 32. (7089)

Sozialdemokratischer Verein

Schwartau-Rensefeld.

Mitglieder-Versammlg.

Freitag, dem 20. Dezember

abends 7½ Uhr

im Lokale des Herrn W. Hilgerski

(Gothof Transvaal).

Das Erreichen der Genossen

und Genossinnen ist dringend er-

fordertlich.

Der Vorstand.

Sparklub

Gewerkschaftshaus

Zurichtung der Spargelder

heute, Donnerstag

den 19. Dezember 1918

von 6 bis 10 Uhr abends.

Sonntag, den 21. Dezember

abends 8½ Uhr

Versammlung.

Abrechnung über die Ver-

waltung der vorherigen Saiso-

n. Der Vorstand.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste

empfehlen wir unseren vorzüglichsten gut abgelagerten

Apfelwein

in Gebinden
von 12 Liter auswärts.

Lübecker Vereinsbrauerei

7069)

Geschäfts-Eröffnung.

Habe das

(7059)

Früher-Geschäft des Hrn. Kahr
eröffnet und bitte um gütigen
Zuspruch.

Richard Wegner,
Friseur, Johannisstr. 21.

Weihnachtsbäume

empfohlen

(7062)

Bülow, Schönwattou, Barin. Str. 11.

Reichsbund der Kriegs-
beschädigten und ehemal.
Kriegsteilnehmer.

Weihnachtsfeier

Sonnabend, 21. Dezember

im Bürgerverein.

Kinderbescherung 6½ Uhr.

Einführung gestattet.

Der Vorstand.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 20. Dezember 1918

abends 7 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Bericht von mehreren Zusammenkünften.
2. Stellungnahme zur Wahl der Nationalversammlung und der Bürgerschaft.
3. Ausbau unserer Organisation.
4. Festlegung der Beiträge.
5. Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Verwaltungsstelle Lübeck

Morgen, Freitag abend 8 Uhr

Sitzung

jährlicher

Auslandsmitglieder und Vertrauensleute
der in der Metallindustrie beschäftigten
Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

Bericht der Kommission über unsere
Cohnverhandlung.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein f. Kücknitz u. Umg.

(Hochofenwerk-Kolonie, Siems).

Terienwanderungen.

Sonnabend, den 26. Dezember

Wanderung nach Rostau.

Teilnehmerarten à 10 Pf. sind

zu haben bei E. Krüger, Schul-

straße 12a, W. Rehn, Mühlentstr. 75,

K. Sahlmann, Geverdesstr. 88, O.

Wessel, Meißlinger Allee 4a u.

beim Schulwärter, Hügstr. 69.

Marmorsaal.

Donnerstag, 26. Dezember

(Hl. Feiertag) 7½ Uhr:

Banfer Ernst-Albert-Abend

Jahreswende: Altes Jahr: Ernst

Albert. — Neues Jahr: Hellie Albert,

Insektenliebe: Der Flieh. Heitere

Bläckiggedichte, Lüb. Dichter-

parodien. Der abgerissene Hosenn-

knopf. Volksrednertypen. Ssst!

Vorverkauf: Ernst Robert,

Musikalienhdg., Breite Straße 29.

Preise: M. 3.—, M. 2.—, M. 1.—

Alle numeriert. (7080)

Schlutup.

Öffentliche Volksversammlung

am Sonnabend, dem 21. Dezember

abends 7½ Uhr

im Lokale des Herrn H. Vedder (Gasthof zur Post).

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehenden Wahlen und die Sozialdemokratie. Referent: Johs. Stelling.
2. Freie Aussprache.

Bewohner Schlutups erscheint in Massen zu dieser Versammlung.

Der Vorstand.

Weihnachtsfeier und Bescherung

schwerverwundet gewesener genesender Soldaten

am Sonnabend, dem 21. Dezember 1918 in der Stadthalle.

Nachmittags 5 Uhr: Gesangs-Vorträge der Knaben-Mittel-Schule I.

Gesangsleiter: Reför Gottschalk

unter Mitwirkung der Regimentskapelle Infanterie-Regiment 162.

Gescheinen der Weihnachtsmänner mit dem Friedensengel

anschließend Bescherung.

Abends 7½ Uhr: Gastspiel des Theater-Direktor Albert in seiner

Erbtaante. Schwank in 3 Akten.

Dargestellt von der Gesellschaft Lübecker Theaterfreunde.

Preise der Blätter: Loge 3 M., Saal 1 M., Vorberauf im

Holstenhaus und bei Buse, Ecke Breite- und Johannisstraße.

Die Choriänger der Knaben-Mittel-Schule I erscheinen am

Freitag, dem 20. Dezember, 5 Uhr, in der Stadthalle zur

Generalprobe. (7058). Helmut Gottschalk.

Der Vorstand.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

7075

Donnerstag, den 19. Dezember

FrühlingsErwachen

</

Politische Kundschau.

Deutschland.

Kundgebungen in Danzig.

Eine große Kundgebung der deutschen Bevölkerung fand anlässlich der Anwesenheit des preußischen Ministers Hänsch statt. In den Präsidenten Wilson wurde ein Kundentelegramm gerichtet, in dem er gebeten wird, dafür zu wirken, daß Danzig deutsches bleibt. Nachmittags kam es zu Ausschreitungen gegen polnische Geschäfte. Ein Trupp Soldaten und Polizisten zog zur polnischen Bank und zur „Gazeta Gdanska“. Während sie in das Banklokal nicht eindringen könnten, demonstrierten sie in der Zeitungssredaktion die Inneneinrichtung und warfen Zeitungen und Geschäftsbücher auf die Straße. Bewaffnete Soldaten machten den Ausschreitungen ein Ende.

Schul-Weihnachtsfeiern.

Der preußische Kultusminister Hänsch weist in einer neuen Verordnung darauf hin, daß der Erfolg über Steuerregelung des Religionsunterrichts vor allem die Befreiung von jedem Gewissenszwang als Unterlage habe. Ferner könne von einem Verbot der Schul-Weihnachtsfeiern keine Rede sein. Das Weihnachtsfest hat sich weit über seinen kirchlichen Charakter hinaus entwickelt zu einer deutschen Volksfamilienfeier und zu einem deutschen Feste überhaupt. Die deutschen Weihnachtslieder sind Gemeingut des ganzen Volkes. In diesem Sinne das Weihnachtsfest auch künftig in den deutschen Schulen zu begehen, widerspricht in keiner Weise den Absichten des Erlasses. Wenn somit die Weihnachtsfeiern weiterhin als Schule veranstaltet werden darf, so besteht natürlich für Lehrer und Schüler keinerlei Zwang zur Teilnahme.

Spartakus-Elemente.

Im Anschluß an die Krawalle in Dresden bringt die „Dresdener Volkszeitung“ einen Artikel, in dem die Anhänger der Spartakusse wie folgt charakterisiert werden:

„Die meisten dieser, die das Treiben mitmachten, werden wenig von den verworrenen „politischen Zielen“ ihrer an Zahl verschwindend geringen Befürworter wissen. Raublauflinge und neugierige Elemente, wie sie sich in ausgeragten Zeiten doppelt zahlreich vorfinden, bildeten die Mitläufer. Aber es ist bezeichnend für den politischen Charakter der Spartakusse, daß sich die zweifelhaftesten, trahastesten Elemente zu ihnen schlagen. Wie unter den „Roten Gardes“ der russischen Bolschewisten ehemalige Polizeispitzel des zaristischen Regimes eine führende Rolle spielen, so nennen sich heute allerhand Leute „Kommunisten“ und „Revolutionäre“, die früher den Streikbezirken angehören standen als der Arbeiterbewegung; Leute, die heute tapfer mit Hurra schreien würden, wenn die Alldeutschen den Krieg gewonnen hätten. Wer mit dieser Handvoll Radikalen nicht in einen Topf geworfen werden will, der vermeide künftig Versammlungen, die sich bolschewistisch, kommunistisch oder spartakistisch nennen. Diese Sorte „Revolutionäre“ sind Schandstelle der Revolution! Wir wissen uns frei von jenem Anfangsanarchismus, der heute schon die Hände ringt, weil im Deutschland das öffentliche Leben noch nicht auf den größten Scheinen einer neuen höheren Ordnung dahingeleitet. Das hieße Unmögliches verlangen. Die Geschichte lehrt nun einmal, daß revolutionäre Umwälzungen nicht mit Adenöl gemacht werden. Andere Revolutionen dauerten jahrelang, und keine kam drum herum, sich mit dem Anarchismus auseinanderzusetzen. Aber mit Rücksicht auf das langandauernde Durcheinander anderer Revolutionen wollen wir uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir weniger Zeit zu verlieren haben als je ein Volk in der Geschichte.“

Bernstein für ein sozialdemokratisches Wahlbündnis.

Zu dem Bericht über die Groß-Berliner Generalversammlung der Unabhängigen, die sich gegen jedes Zusammensein mit der alten Partei ausspielen, ist noch nachzutragen, daß ein Antrag Eduard Bernsteins zu Protokoll gegeben wurde, dessen erster Abzug lautet:

In Anbetracht der Tatsache, daß die Beendigung des Krieges und die Herstellung der Republik Deutschland den größten Teil der tatsächlichen Gegenseite, welche zur Spaltung der deutschen Sozialdemokratie geführt haben, teils in Wegfall gebracht

und teils ihrer Stärke beraubt haben, und daß hiermit die Sicherstellung der Republik und ihr Ausbau im Sinne der Grundsätze der Sozialdemokratie das Zusammenarbeiten aller Sozialdemokraten ohne Unterschied der Fraktion erfordert, fordert die Generalversammlung des Verbands die Verbandsleitung auf, mit der Leitung der Rechtssozialisten Berlins und Umgegend in Verhandlung zu treten, behufs Vereinbarung gemeinsamer oder, falls dies nicht zu erwarten ist, verbundener Listen für die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung.

Zum Wahlsieg in Anhalt.

Die Größe des Wahlsieges ist erst zu ermessen, wenn man die letzten Wahlergebnissen mit denen der Reichstagswahl von 1912 vergleicht. Im Januar 1912 wurden in ganz Anhalt (Wahlkreis 1 und 2) abgegeben: 31.465 Stimmen für die Sozialdemokratie, 5175 Stimmen für die Konservativen, 18.895 Stimmen für die Nationalliberalen, 8415 Stimmen für die Fortschritts und 4664 Stimmen für die Demokratische Vereinigung. Im ganzen also 31.465 sozialdemokratische Stimmen gegen 36.649 bürgerliche. Jetzt dagegen stehen 92.292 sozialdemokratische Stimmen gegen nur 66.951 bürgerliche. Aus einer erheblichen Minderheit sind also die sozialdemokratischen Wähler eine starke Mehrheit geworden. 1912 wählten 46 Prozent der Wähler sozialdemokratisch, 1918 haben 58 Prozent der Wähler der Sozialdemokratie ihre Stimme gegeben. Ein Achtel der Wählermasse wurde neu für die Partei gewonnen!

Oesterreich.

Kaiserschloss als Kinderheime. Der Wiener Stadtrat hat einen Antrag Mag. Winter (Soz.) angenommen, der vom Staatsrat die Überholzung des Lustschlosses Schönbrunn für die Kindersfürsorge verlangt. Die Gebäude dieses wunderbaren Lustes sollen als Erholungsheim für fürsorgebedürftige Kinder verwendet werden. Unser Genosse brachte ferner in der Nationalversammlung im Namen der Sozialdemokratie einen Antrag ein, der Übergabe sämtlicher Krongüter an den Staat, die Errichtung einer Staatsgüterverwaltung verlangt und Vorschläge für die Verwendung der Krongüter zum Zwecke der Kinderfürsorge vorsieht. Auf diese Art soll außer Schönbrunn der Wiener Volksgarten, der Augarten, der Prater, sowie die Schlösser Hegenbach, Belvedere und Laxenburg, sämtlich in der Umgebung Wiens, in Kinderheil- und Erholungsstätten umgewandelt werden.

Achtstundentag. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß der Nationalversammlung beriet über den vom Staatsamt für soziale Fürsorge vorgelegten Gesetzentwurf betr. den Achtstundentag. Skaret (Soz.) brachte die Geltung des Gesetzes auch auf kleingewerbliche Betriebe auszuweiten und die Dauer des Gesetzes über die Übergangszeit hinaus zu verlängern. Der Antrag Skaret wurde abgelehnt, und die Vorlage angenommen, jedoch soll für Frauen der freie Sonnabendnachmittag eingeführt und ihre Arbeitszeit auf 44 Stunden wöchentlich bemessen werden.

Italien.

Kriegsziele. Im Senat trat Tittoni dafür ein, daß Italien vor allem freien Zugang zu den Weltmärkten erhalten müsse. Zu diesem Zweck müsse vor allem der Kanal von Korfu neutralisiert werden. Außerdem sichere nur der Besitz von Pola und Valona Italien das notwendige Ubergewicht in der Adria. Tittoni wünschte, daß die Teilung Kleinasiens in Interessensphären zwischen den Alliierten gerecht erfolge, und verlangte eine angemessene Lösung der Orient- und der afrikanischen Kolonialfrage. Orlando betonte, daß Italien an der allgemeinen, dem Feinde aufzuverlegenden Kriegsentzündigung teilhaben müsse. Italien bringe jedoch unter keinen Umständen einen unverhönlichen Geist für die Friedensverhandlungen mit. Italien fordere von seinen Verbündeten nur eine klare loyale Unterstützung.

England.

Lloyd Georges Wahlsieg. Lloyd George verfügt im neuen Parlament über eine Mehrheit von 115 Stimmen über alle Oppositionsparteien.

Mutterfreuden.

Roman von S. Salomon.

1. Fortsetzung.

„Soll ein unabänderlicher Trost auf jeden Fall gebrochen werden,“ rief er pathetisch aus. „Wo würde denn das hinführen, wenn jeder tun und lassen möchte, wie er das möchte? Ihr seid ja noch immer in der Mehrheit hier vertreten und deshalb frage ich Euch, ob Ihr geforcht seid, das Enteignungsverfahren bei der Regierung zu beantragen oder nicht. — Ihr wisst ja nun, was von dem Bahnhof alles abhängt.“

Der Schulze fragte sich verlegen hinterm Ohr und meinte: „Ja, Herr Graf, wir hier waren bisher alle dafür. Ob aber jetzt noch alle das möchten, weiß ich nicht. Wir haben bisher immer in Ruhe und Friede zusammengelebt. Wenn aber der Jürgens seine Drohung ausführen würde, was dann, Herr Landrat?“

„Ei, ei,“ lächelte dieser ironisch. „Läßt Ihr Euch von einem einzigen Bauern so ins Bockshorn jagen, daß Ihr gleich zu Kreuze kreicht?“

„Oho!“ versetzte da der Schmied. „Wir kennen keine Furcht. Es wäre ja wohl besser gewesen, wenn alles in richtiger Ordnung vor sich gegangen wäre. Aber wenn der Landrat selbst zuzieht, dann wollen wir nur bei unserem gesamten Entschluß bleiben, und Sie, Herr Graf, könnten dann ja das weiter veranlassen.“

Ein beispielloses Kopfnicken der übrigen bestätigte die Ansicht des Schmieds.

„Dann also,“ fuhr der Landrat fort, indem er aus seinem mitgebrachten Papieren ein großes Schreiben entnahm, „können wir das ja gleich jetzt abmachen. Ich habe bereits für alle Fälle ein detailliertes Schriftstück aufgezeichnet und Ihr habt nur noch nötig Euren Namen darunter zu setzen.“ Dabei reichte er dem Schulzen das Schreiben, das er flüssig durchlas und dann seinen Namen darunter legend, weitergab. Bald hatte der Landrat dasselbe mit allen Unterschriften der Anwesenden versehen, wieder in seinen Händen, um es schmucklos in seine Ledermappe zu stecken.

Nachdem so die Sache zur Zufriedenheit des Kreises erledigt war, gab der Landrat noch jedem der Mitglieder freundlich die Hand zum Abschied und bald darauf sollte die Feierrede des Landrats aus dem Dorfe hören.

Kapitel 6.

Wie im Fluge entchwand an diesem letzten Arbeitstage dem jungen Schmied Röder die Zeit. Er wollte noch am Donnerstag in die Kreisstadt, um verschiedene kleine Erräufe zu erledigen. Am Sonntag wollte er dann von seinem Dorf Abschied nehmen, doch er sah möglicherweise kein Ende der heftigen

Der Weberstreit beendet. Nachrichten aus Manchester folgten, daß die Baumwollarbeiter die Bedingungen zur Beilegung von Streitigkeiten, die unter Mitwirkung von Lloyd George aufgestellt wurden, angenommen.

Daffenstillstand und Frieden.

Als belgische Friedensdelegierte wurden bestimmt: Außenminister Huygens, der sozialistische Führer Vandervelde und der belgische Gesandte beim Vatikan von den Heuvel.

Die amerikanischen Delegierten bringen folgende grundlegenden Forderungen mit: 1. Der Völkerbund als Teil des Friedensvertrages; 2. soll die Freiheit der Meere eines der wichtigsten Prinzipien bilden, welches der Völkerbund festzulegen hat, damit Amerika erspart werde, eine große Flotte zu bilden, um als Schiedsmann zwischen die eine oder andere Macht zu treten; 3. sollen die amerikanischen Delegierten die gerechten Ansprüche gegen Deutschland festsetzen; 4. der erste Teil der Verhandlungen ist geheim, während der zweite Teil öffentlich sein wird; 5. sollen die Delegierten als Vertreter einer neuen Weltordnung, aber nicht als Herren dieser Welt erscheinen. — Deutschland soll auf Probezeit dem Völkerbund beitreten dürfen.

Die italienische sozialistische Partei-Erzkathedrale nahm nach fünftägiger Beratung die Beschlüsse an, nach denen mit starkem Nachdruck das Selbstbestimmungsrecht der Völker gefordert wird.

In Schweden fanden große Kundgebungen für einen Verbindungskreis statt. Für die sozialistische Partei telegraphierte Branting an Wilson, daß das schwedische Volk geschlossen hinter Wilson stehe in seinem Kampfe für die Verwirklichung seiner Ideale.

Zur Verhinderung der Pariser Arbeiterdemonstration wird mitgeteilt, daß der Präsident die Kundgebung erwartete und bereit war, sie entgegenzunehmen und die Arbeiter zu begrüßen. Erst durch Longuet erhält er von dem Verbot der Demonstration. Trotzdem aber versammelte sich eine Menge von etwa 30.000 Arbeitern zu einem Demonstrationszuge.

Aus den besetzten Gebieten.

Vom 18. Dezember ab ist der Verkehr zwischen den besetzten Gebieten und den übrigen Teilen des Reiches gesperrt. Die Sperrung des Post- und Drahtverkehrs tritt erst Montagnachmittag in Kraft.

Das Verbot der Einjuhr rechtschaffener Zeitungen in den besetzten Gebieten wird aufrechterhalten.

Elemente in Straßburg sagten in Straßburg, es sei eine Versammlung, daß er auf die Gebiete am Rhein für Frankreich Anspruch erhebe. Er bedanke sich dafür, den Raum für einen Revanchekrieg zu legen.

Nach Mitteilung der Waffenstillstandskommission erkennt die Entente die Art. und S.-Räte nicht an.

Die beiden Großindustriellen des Saargebietes, Gebrüder Röchling, werden auf eine Forderung des französischen Ministeriums für den Wiederaufbau verhaftet. In den Werken dieser beiden Großindustriellen sind man auf einem Gebiete von etwa 30 Hektar bediente Mengen von Maschinen aller Art, die in den Werkstätten Frankreichs geflohen seien. Sie wurden deshalb als Helden verhaftet.

In Straßburg dauern die Verhaftungen an. Unter den Verhafteten ist auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Bochle und der Vorsitzende des von den Franko-Japanen aufgestellten Soldatenrats Rebholz.

Auf Anordnung des Befehlshabers der englischen Militärpolizei sind alle Nationalfahnen und -wimpel sofort von den Rheinschiffen zu entfernen. Sodie weitere Nichtbefolzung dieser Verordnung wird mit einer Geldstrafe von 5000 Mark belegt werden.

Leiterwagen, welcher alle diejenigen angehenden Refruten aus den umliegenden Ortschaften nach der Kreisstadt brachte, von wo aus sie dann per Bahn in die verschiedenen Garnisonen abrückten.

So wie hente hatte er lange nicht gearbeitet. Der Schweiz rann ihm nur so über das ruhige Gesicht. Und als der letzte Schlag geben war, da war es bereits fast acht Uhr geworden. Richtig war das Schurzfell in die Ede gelegen, dann eine gründliche Säuberung des Gesichts und der Arme und bald darauf eilte er in seinen Feiertagstümern dem Hof des Bauern Jürgens in feierhafter Erwartung zu.

Der Hofhund schlug bei keiner Annäherung sofort wieder an. Kurz darauf erschien die Bäuerin in der Tür und ließ den jungen Mann, den sie schon erwartete, mit kurzem Gruß in die Stube eintreten. Sie schob ihm einen Stuhl hin und sich ebenfalls setzend, sagte sie ohne Umhülfze: „Ich habe ein kleines Süßel für Verla festgemacht und könnt Ihr also darüber beruhigt sein. Die Mühne ist außerdem eine zuverlässige Person und kann Eure Verla nirgends besser aufgehoben sein als bei mir.“

„O, Bäuerin,“ sagte Röder mit innigem Tone, „wie soll ich Euch dafür danken. Jetzt wird es mir so viel leichter ums Herz, wo ich weiß, daß mein Lieb sich in guten Händen befindet. — Doch nun möchte ich vor allen Dingen den rein geschäftlichen Teil vorerst erledigen. Wie euer kommt das Stühlen?“

„Ich hab für alle Fälle gleich für eine längere Zeit abgemacht, denn ich kann nie wissen, wies kommt,“ erklärte die Bäuerin. „Das höchste sind zehn Mark dafür. Dann können nur noch die notwendigsten Sachen in Betracht, als Bett, ein Stuhl und Tisch.“

„Nun, Bäuerin,“ meinte Röder treuherzig, „das mögte ich Euch alles überlassen. Ihr wißt als verständige und erfahrene Frau doch wohl am besten, was gebraucht wird. Hier,“ und dabei zog er seine Geldtasche hervor, „möchte ich Euch bitten, biße zweihundert Mark als Notgroschen für meine Verla zu betrachten, damit sie in ihrer schweren Stunde keine Not zu leiden braucht. Sollte das nicht genügen, so braucht Ihr Euch nicht an den Notar Treuherz in der Kreisstadt zu wenden, denn ich morgen noch näher Bescheid sagen werde.“

„Na, na,“ lachte die Bäuerin, sonst wirds wohl nicht los. Und doch es ist mir nichts auszugehn soll, dasst well ich Ihnen lingen.“

„Wie gut Ihr doch seid, Bäuerin,“ sagt Röder mit warmem Bild. „Was wurde wohl aus meinem Schatz geworden?“ rief er. „Aber Ihr nicht mehr? O, ich mag mir nicht daran denken. — Aber mir erinnert mir noch die Frage: wie wird sich wohl der Bäuerin verhalten, wenn er die Ladung erhält?“

Bei dieser heißen Frage wiegte sie den Kopf hin und her. Endlich sagte sie nach einer kleinen Pause:

„Da habe ich auch schon dran gedacht. Aber ich muß Euch offen geschenken, ich weiß es selbst nicht. Bloß eins ist jetzt ziemlich klar, daß ich der Bahnbau so fürchtbar im Kopf herum geht. Deshalb auch keine grimmige Wut in all diesen Wochen. Heut soll sich ja nun entscheiden, ob auch mein Land dazu enteignet werden soll oder nicht. Wenns gelingt, dann haben wir alle auf dem Hofe schönste Zeiten vor uns!“

„Und wenn er sie nun einfach von dem Hofe jagt?“ fragte ängstlich Röder.

„Hm — ja — müssen eben abwarten,“ entgegnete ausweichend die Bäuerin. „Da müssen wir auf gutes Glück vertrauen. Aber — hm — übrigens,“ setzte sie lebhaft hinzu, „der Bäuer ist doch nicht so schlecht, wie ihn die Leute oft machen: es ist eben seine Krankheit, die ihn manchmal packt. Zwei Jahre ist es nun ganz gut gegangen mit ihm, jetzt aber kommt mal wieder seine Zeit. Und dann ist nichts mit ihm anzufangen. Er muß erst ganz austrocken, ehe es dann wieder besser mit ihm wird. Es ist das immer eine böse Zeit. Tag und Nacht muß ic dann aufpassen. Wer,“ sagte sie achtlos zufrieden, „der Doktor jetzt auf, liegt im Blut bei ihm, fast grad so wie bei manchem Tier.“

Sie war jetzt aufgestanden und schloß mittels eines Schließes die große eiserne Truhe, die bei ihrem Bett stand, auf. Nach kurzem Suchen fand sie mit einem ledernen Beutelchen wieder und zählte vorsichtig das Geld hinein. „Es soll alles gewissenhaft ausgezählt werden, was wir brauchen. Und wenn Ihr dann wieder kommt, werdet Ihr alles in bester Ordnung vorfinden.“

Dann einen Blick auf die Wanduhr werfend, sagte sie erstaunt: „Herrgott, es ist ja schon neun Uhr. Bald kann der Bäuer kommen, und wann darf der Bäuer hier treffen würde — o je, es gibt einen tollen Spektakel.“ Sie verschloß nun das Beutelchen in die Truhe und stellte den Schlußel in ihre Tasche.

„So will ich denn eilen,“ sagte er, sich erhebend. „Sobald das vorläufig befehlt Denk, Bäuerin. Bisweilen, daß ich später einmal wieder gut machen kann.“

„Hal nichts zu sagen,“ wahrte die Bäuerin ab. „Sobald nur gesagt, daß Ihr doch ordentlicher Kerl seid, der die Sache nicht im Stich läßt. Es gibt leider nicht allzu viele davon.“ Sie reichte ihm jetzt den Schlußel und sagte: „Habt Euch hübsch draußen und vergeßt nicht Eure Verla.“

Röder zückte ihr herzlich die ihm beigebrachte Waffe. „Bräuchst keine Angst zu haben, Bäuerin,“ erwiderte er, die das Waffenschild leicht anblickend. „Zu dir bisher ist ehrebar.“ „Wir müssen noch weiter es auch bleiben.“

Verabschiedung.

Krieg und Kriegsfolgen.

Vom Rückzug im Osten. Nach amtlichen Meldungen kam es in Minsk infolge vorzeitigen Einrückens der Sowjettruppen zu Zusammenstößen. Auf den Bahnhöfen wurden die Räumungszüge festgehalten. Die deutsche Bahnhofsbelebung wurde durch einen plausiblen Überfall sehr stark überreagiert. Sowjettruppen umringt und zur Entwaffnung gezwungen. Deutsche Truppen und Eisenbahner sind nicht nur entwaffnet sondern vollständig ausgesondert. Sie haben den größten Teil des Pferde und Fahrzeuge zurücklaufen müssen und ihr Privateigentum verloren. — Aus Finnland sind die Rechte deutscher Truppen abgängen.

Die Tschecho-Slowaken haben in Böhmen die Städte Reichenberg, Trautenau, Freudenthal, Leitmeritz, in Mähren Hannsdorf und Mährisch-Schönberg und an der niederösterreichischen Grenze Bruck, Mörsdorf und Grätzstadt besetzt. Auch Eger ist von ihnen besetzt worden.

Griechenfeld in Görz. Von Heimrich getriebenen Truppen die griechischen Soldaten in größeren Trupps, ohne Waffen, mit ihren Habseligkeiten beladen, der deutsch-tschechischen Grenze zu, um mit der Entente schneller in die Heimat zu gelangen, als es noch den Plänen der Entente möglich wäre. bisher verliehen auf diese Weise von den 400 Griechen über 2000 das Lager.

Die Griechenfelder Frankreich werden auf 214 Millionen Franken geschätzt, dazu kommen noch Griechenfelder von 15 Millionen Franken, die Menschenkosten, die Staatschulden und die Verschuldung der Kriegerstädtchen.

Kriegsopfer. Frankreich hat im Kriege 180 000 Tote zu bekennen. Italien 15 000 tote und 30 000 schwer verwundete Offiziere.

Bekanntmachung.

Entlassungsgebühren sie.

Der unerwartete Antritt von Entlassungen, die von ihren Truppenteilen mit Gebühren nicht abgedeckt werden, macht es erforderlich, daß die Auszahlung in folgender Weise geregelt wird:

1. Die Empfangsberechtigten mit den Anfangsbuchstaben A bis K melden sich Montags und Dienstags in der Kasse des Bezirkskommandos, Johanniskirche (Johanneum) von 9 bis 1 Uhr vormittags mit allen Militäraporten.

2. Die Empfangsberechtigten mit den Anfangsbuchstaben L bis Z Donnerstags und Freitags.

Auszahlungen können nur erfolgen für A bis K Mittwochs von 9 bis 1 Uhr vormittags, L bis Z Sonnabends.

Empfangsberechtigt sind nur diejenigen, die die Stammrolle anerkannt, einen Entlassungsauftrag oder Militärpass und eine Zahlungserstellung ihres Turtentalls in Händen haben. Alle anderen können erst an einem späteren Zeitpunkt abgefunden werden. Ansprüche auf rückständige Löhnung usw. müssen jeder bei seinem letzten Truppenteil geltend machen; das Bezirkskommando kann sie nicht zählen.

Entlassungsanträge sind noch nicht eingetroffen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

7078) Hohenfeldt, Nethfeldt.

Pferde-Versteigerung.

Am Freitag, dem 20. Dezember 1918, morgens 9 Uhr werden 20 Pferde der bei der Preußischen Kriegs- und Landesdemobilisierten Truppenteile in der Krieger-Schule in Blankensee öffentlich mestabiert versteigert werden.

Zugelassen zur Versteigerung werden nur Bieter, die sich im Besitz einer der zuständigen Rivalshörde (Landrat am Polizeipräsidium Magdeburg) befinden und mit dem Amtesamt vereinbarten Pferde-Karte (Kleiderkunst von Gemeindebüro, Amtsgerichtern oder Berg) genügen in seinem Falle) befinden, und zwar zunächst nur die Inhaber roter Pferde-Karten. Rote Pferde-Karten sollen nach den Bestimmungen des Kriegsministeriums nur kleine, unbedeutende Landwirte oder Gewerbetreibende erhalten, die zur Erlangung der unvermeidlich notwendigen Sparmaßnahmen vorzugsweise berücksichtigt werden müssen insbesondere diejenigen unter ihnen, die durch Bevölkerung oder Berg im Felde in ihrer Gewerbtätigkeit beeinträchtigt sind und deren Angehörige, die Ernährer der Familie waren, durch den Krieg verloren haben.

Die Inhaber weißer Karten kommen erst dann zum Bieten, wenn die Inhaber roter Karten abgefunden sind.

Die Karten sind deutlich sichtbar zu tragen. Die Versteigerungsbedingungen sind vorher schriftlich anzuerkennen. Als Zahlungsmittel werden Kriegsanleihe zum Nominalwert in Zahlung genommen und zwar 5%ige Frühdienstverschreibung aller Kriegsanleihen ohne Unterschied und die erstmals bei der 6. Kriegsanleihe ausgegebenen 4%igen Schatzanweisungen, jedoch nur in den Grenzen des Raubzirks. Herauszahlungen in bar finden nicht statt. Käufer, die die Bezahlung in Kriegsanleihe anbieten, werden bei sonst gleichen Geboten vor anderen berücksichtigt. Der laufende Zinsstein der Kriegsanleihe wird dem Käufer beigegeben. Dieser hat dafür neben dem Kaufpreis die Rücknahme vom Zahlungstag bis zum Tage der Rückerstattung des Zinssteines zu entrichten.

Lübeck, den 16. Dezember 1918. (7083)

Für den Soldatenrat
i. R. Grefsdorff. Bräuer.

Bekanntmachung

betreffend Herabsetzung der Wochensleichmengen in ländlichen Gemeinden.

Auf Grund der Verordnung des Präsidienten des Kriegsernährungsamtes über die Ausgestaltung der Fleischzuteilung und die Festlegung der Wochensleichmengen an Fleisch und Fleischwaren vom 21. August 1918 und der Verfügung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes vom 15. November 1917, sowie der Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 14. Oktober 1918 betreffend die Rekurrenz des Fleischverbrauchs verordnet das Polizeiamt:

für die Gemeinden

Absfelde	Ritterau	Döllau
Grefsdorf	Lübbendorf	Stünbeck
Harmsdorf	Süderode	Malkendorf
Beierfeld	Groß-Schreiber	Schämnitz
Hollenbeck	Alt-Schreiber	Niech
Rüpe	Stomm	Grumme
Poggensee	Kurze	Wendendorf

wird die Wochensleichmenge an Fleisch mit Wirkung vom 22. Dezember 1918 auf 100 Gramm für Erwachsene und auf 50 Gramm für Kinder festgesetzt.

2. Absfelde, den 18. Dezember 1918. (7084)

Das Polizeiamt.

Kleine politische Nachrichten.

Die bayerische Verfassung soll nach einer Mitteilung Eisners das Referendum (Volksabstimmung wichtiger Gesetzesvorlagen) enthalten.

Bei der Erwarter Konferenz der deutschen Eisenbahndienststellen wurde beschlossen, die Gütertarife um weitere 60 Prozent, zusammen also 75 Prozent, zu erhöhen. Die Personen tarife werden abgestuft nach den Fahrtklassen erhöht.

Deutschland und Österreich ist ein Vereinkommen getroffen, wonach die Arbeitslosenunterstützung auf Gegenseitigkeit beruht.

Wirtschaftliches.

Deutschlands Finanzverpflichtungen.

Das Finanzprojekt, das in Trier bei der Erneuerung des Bahnstillstandes unterzeichnet wurde, umfaßt folgende Paragraphen: 1. Deutschland verpflichtet sich, ohne vorherige Bewilligung der Alliierten nicht über seine Metallvorräte eine Forverurteilung an das Ausland oder über seine insländischen Wertpapiere, gleichgültig, ob sie der Regierung, den Sparkassen, Privaten oder Agenten gehören, zu erfüllen. 2. Deutschland verpflichtet sich, in Übereinstimmung mit den Alliierten Maßnahmen zu treffen, um so schnell wie möglich die Interessen in der Lage zu versetzen, Entschädigungen zu versprechen für die verlorenen oder gestohlenen Werte im besetzten Gebiet und um wieder in den Besitz von beschlagnahmten Werten zu kommen. 3. Deutschland verpflichtet sich, bei bestimmten Bedingungen, die Forverurteilungen der Flach-Lottringer an den Versalltagen zu beenden und keine einzige Verschwendung der freien Verfügung der Flach-Lottringer über ihr Privateigentum zu üben.

Aus der Partei.

Abbildung des internationalen Bureau. Der sozialdemokratischen Zeitung. Das Büro hat mitgeteilt, daß der

Vorschlag einer Zusammenkunft vom internationalen Bureau zu Beginn des Januar unter der Bedingung, daß die französischen und englischen Truppen in Ordnung kommen, angenommen werden ist.

Gewerkschaftsbewegung.

Neuer Buchdruckerstreik bei Ilsestein, Moosse und Scherl. Auf dem Buchdruckerstreik schreibt der Vorwärts: Am Dienstagabend forderten die Drucker der Firmen Scherl, Ilsestein und Moosse die Erhöhung des Wochentohns von 79 auf 120 Mk. Die Geschäftsführer der Firmen wollten vorläufig 15 Mk. Wochentohn bekräftigen und forderten die Annahme des Gesetzes in fünf Minuten. Eine Versöhnung erfolgte nicht, daher gab es heute früh keine Betturten. Auch heute abend erschien die Zeitungen der genannten Verlage nicht. — Nach neuester Meldung ist der Streik beendet.

Die Gewerkschaften der Buchdrucker zu schweren Ausschreitungen geführt. Eine große Menschenmenge sammelte sich vor den Möller'schen Fabriken, um die Zette zu stürmen. Der Sturm auf den Betriebshang wurde aber von der Bevölkerung der Zette mit Gewehr- und Maschinengewehrsalven abgeschlagen, wobei eine Person getötet und etwa sieben mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Die Gesamtzahl der Stierkanten beläuft sich noch auf 18 000.

Aus Nah und Fern.

Eine halbe Million unterschlagen. Bei der Filiale der Deutschen Bank in Köln sind Unterschläge in Höhe von fast einer halben Million verübt worden. Der Täter, ein Angestellter namens Müller, ist flüchtig.

Volksbewußte Weberfälle und Wänderungen fanden in Mühlendorf statt. 15 Soldaten sprengten im österreichisch-ungarischen Generalstabsrat ein Militärmagazin und raubten Bekleidungsstücke. 10 Soldaten mit roten Abzeichen drangen in eine Druckerei, in der Aufrufe gegen den Bolschewismus gedruckt wurden, ein. Sie heftig angenommen über 100 000 Exemplare des Aufrufe und schafften sie in einem Militärlager verdeckt fort.

Am 16. Dezember 1918 entschließt

Herr Heinrich Goldbaum

Abteilungsleiter in unserem Hause.

Der Heimige angene war uns jahrelang ein treuer Mitarbeiter, der in vorbildlicher Weise und mit bewundernswertem Fleiß sein reiches Wissen und Können in unserem Dienst stellte, bis ein tückisches Leiden ihn zwang, seine Tätigkeit aufzugeben.

Wir werden ihm ein treues Gedanken bewahren.

Holstenhaus G m. b. H.

S. Hohenfeld.

7087

Am Montag abend entschließt unser lieber Mitarbeiter

Herr Heinrich Goldbaum.

Wir betrauern in dem Entschlafenen einen treuen Freund, der uns allzeit ein Vorbild fleißiger Pflichterfüllung und guter Kameradschaft war. Stets werden wir seiner in Verehrung gedenken.

7088

Das Personal der Firma Holstenhaus.

Sozialdemokrat. Verein

Am Montag verstarb an der Grippe unser Genosse

Albin Eulenberger.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Trauerfeier Sonnabend, d. 21. Dez., 1½ Uhr, in der Kapelle Vorwerker Friedhof.

Die Mitglieder sammeln sich am Eingang.

7086) Der Vorstand.

Für Stockelsdorf - Fackenburg eine

zuverlässige

Zeitungsaussträgerin

sollte gefunden werden.

Ergieb. d. Lüb. Volksboten.

Über die Zeitungsaussträgerin

7087) Zeitungsaussträgerin

7088) Zeitungsaussträgerin

7089) Zeitungsaussträgerin

7090) Zeitungsaussträgerin

7091) Zeitungsaussträgerin

7092) Zeitungsaussträgerin

7093) Zeitungsaussträgerin

7094) Zeitungsaussträgerin

7095) Zeitungsaussträgerin

7096) Zeitungsaussträgerin

7097) Zeitungsaussträgerin

7098) Zeitungsaussträgerin

7099) Zeitungsaussträgerin

7100) Zeitungsaussträgerin

7101) Zeitungsaussträgerin

7102) Zeitungsaussträgerin

7103) Zeitungsaussträgerin

7104) Zeitungsaussträgerin

7105) Zeitungsaussträgerin

7106) Zeitungsaussträgerin

7107) Zeitungsaussträgerin

7108) Zeitungsaussträgerin

7109) Zeitungsaussträgerin

7110) Zeitungsaussträgerin

7111) Zeitungsaussträgerin

7112) Zeitungsaussträgerin

7113) Zeitungsaussträgerin

7114) Zeitungsaussträgerin

7115) Zeitungsaussträgerin

7116) Zeitungsaussträgerin

7117) Zeitungsaussträgerin

7118) Zeitungsaussträgerin

7119) Zeitungsaussträgerin

7120) Zeitungsaussträgerin

7121) Zeitungsaussträgerin

7122) Zeitungsaussträgerin

7123) Zeitungsaussträgerin

7124) Zeitungsaussträgerin

7125) Zeitungsaussträgerin